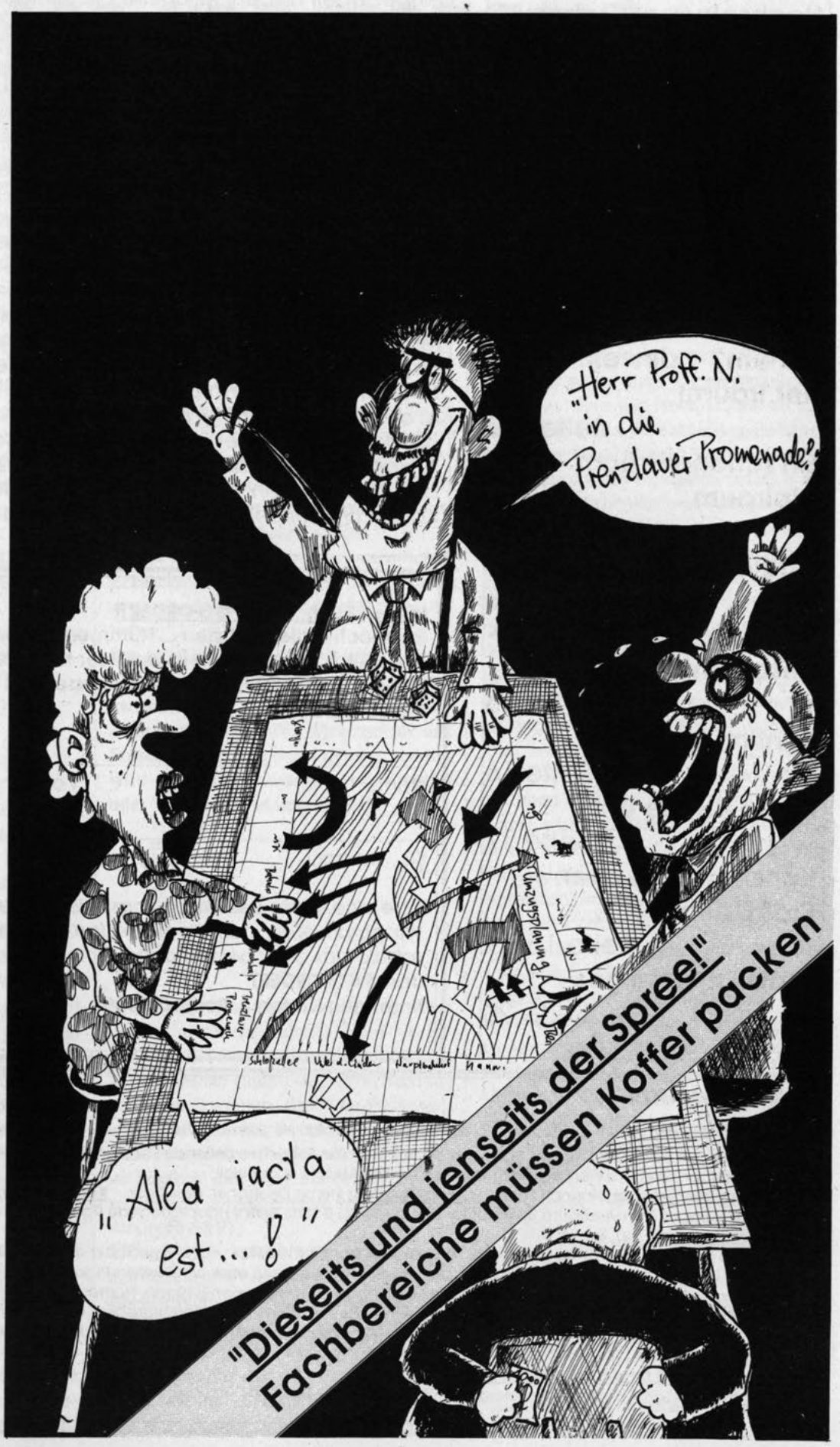
Die Studentenzeitung der Humboldt-Uni zu Berlin 5. Jahrgang

47

50 Pfennig (Nichtstudenten 1DM) Kiosk 70 Pfennig 8. Juni 1993

Uns Aufgefordert



"Dieseits und jenseits der Spree!" Fachbereiche müssen Koffer packen

Inhalt

Hochschulpolitisches: Strukturpläne ohne Ideen Seite 3/4
Senatorischer Unfug Seite 5
Fachbereiche packen ihre Koffer Seite 6-8
Essen wir bald alle in Containern? oder ein schöner Traum! Seite 8/9
Ein schöner Traum - oder Alptraum Seite 10/11
Studieren im Käseland Seite 12/13
Geschichte in Bildergeschichten Seite 14/15
Kantine im Kiez Seite 16
Radio für die Unis! Seite 17
Konstantin Wecker: Pro&Contra Seite 18/19
Amtsschimmliges Seite 20

Editorial

Nachdem wir uns endlich auf einen Dreiwochenrhythmus eingepegelt haben, erscheint die Juniausgabe diesmal tatsächlich im Juni. Pfingsten sei dank!
Endlich konnte UnAuf enthüllen, wo wir studieren - in einem Wanderzirkus. Wer denkt, damit sei der kleine Student gemeint, der ständig auf der Suche nach dem richtigen Seminarraum umherirrt, der soll erstmal die Seiten 6-8 lesen und wird sein wirres Wunder erleben.
Wenn zwei Redakteure in ein Konzert gehen, scheiden sich die Geister. UnAuf scheut ja bekanntlich keine Kontroverse und so gibt es in diesem Heft gleich zweimal eine Konstantin-Wecker-Kritik. Pikanterweise stand der Zeitung eine Pressekarte zur Verfügung - dreimal dürft Ihr raten, welcher Kritiker 45,-DM für die Karte gespart hat. (S. 18/19)
In dieser Nummer kommt auch endlich eine unserer Auslandskorrespondenten zu Wort und kündetet von studentischer Anarchie im ruhigen Holland. Studieren zwischen Wein und Revolte, wen hält es da noch in diesem Deutschland !? (S.12/13)
Ist der Juni vorbei, neigt sich wieder ein Semester seinem Ende und wieder ergeht unser obligatorischer Hilferuf: wen diese Zeitung ankotzt oder wer sie über alles liebt, kurz wer wahre Gefühle für UnAuf entwickeln kann, der sei im Kreis der Unerschütterlichen im Kampf um Seiten, Wochen und Kaufquoten willkommen.

Ich will Euch, UnAUFGEFORDERT!
Ich möchte die nächsten ... Nummern ab Nr. ... im Briefkasten finden.
Das Geld (pro Nr. 1DM) ist auf Euer Konto eingezahlt: Hannah Lund
Kto.-Nr.: 104002077/ Berliner Sparkasse BLZ 10050000
Meine Adresse:

Name Vorname

Str., Hausnr. PLZ Ort

Bitte eine Kopie des Einzahlungsbeleg beilegen.
Wir garantieren, daß die bestellten Nummern zugeschickt werden, sobald das Geld bei uns auftaucht.
UnAUFGEFORDERT
Unter den Linden 6, Berlin 0-1080

Impressum

UnAUFGEFORDERT Die Studentenzeitung der Berliner Humboldt-Uni. Erstmals erschienen am 17. November 1989.
Redaktion: Ingo Bach, Jens Schley, Sven-Uwe-Schmidt, Stefan Söhnchen (leitende Redakteure), Franziska Ahles, Arlett Albrecht, Juliane Kerber, Gerhard Kienast, Alexandra Kolle, Ulrich Miksch, Rudi Neick;
Redaktion Niederlande: Hannah Lund **Redaktion USA:** Stefan Deutscher, Uwe Tigör **Korrespondent Iran:** Oliver Bast
Kontakt: Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 0-1086 Berlin; Hauptgebäude Raum 3022, Tel.: 2093 2288, fax: 2093 2770
Redaktionsschluß: 10. Mai1993
Satz: Ingo Bach **Druck:** Contrast, Tempelhofer Damm 210 1/42 gedruckt auf **Recycling-Papier**
Nachdruck, auch auszugsweise, ist ausdrücklich erwünscht. Wir bitten aber um Quellenangabe und Belegexemplar.
Für alle Fakten besteht das Recht auf Gegendarstellung in angemessenen Umfang. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben *nicht* in jedem Fall die Meinung der Redaktion wider. Kürzel werden nur von Redaktionsmitgliedern verwendet.
Die nächste Ausgabe erscheint am **07.Mai 1993** Die Redaktionssitzungen sind öffentlich, jeden Donnerstag 18.00Uhr, HG 3022. Nächste am 27. Mai 1993.
Redaktionsschluß für die nächste Nummer: 10.Mai 1993
Konto: Hannah Lund, Berliner Sparkasse, Kto.: 0104002514, BLZ 10050000

Bildungspolitik ist in - Ideen sind megaout

Die Politik entdeckt die Universitäten. Keine Frage, Bildungspolitik hat Konjunktur. Nach jahrzehntelanger Ignoranz gegenüber den Problemen dieses gesellschaftlichen Sektors soll nun gehandelt werden. Der Bundeskanzler empfängt seine Getreuen zum Bildungsgipfel (läßt allerdings offen, wann...), die KultusministerInnen der Länder fabrizieren kiloweise bedrucktes Papier und auch der Senat von Berlin legt seinen "Hochschulstrukturplan" vor.

Prima, könnte mensch sich freuen, endlich fruchten jahrelange Proteste und Klagen, die entnervten und frustrierten Studenten werden erhört, Mißstände endlich angegangen, schwachsinnige Studiengänge und überfüllte Lehrveranstaltungen gehören der Vergangenheit an. Die dringend notwendige inhaltliche Reform von Studium und Lehre nimmt ihren Lauf.

Die Realität sieht natürlich anders aus. Die Herren in den Ministeriums- und Senatsetagen denken an ganz andere Dinge, als an die Erlösung der Universitäten und der Studierenden aus dem Dauerchaos. Sie glauben, die Probleme an anderer Stelle erkannt zu haben.

Strategie des Chaos?

Aber der Reihe nach. Ist überhaupt eine Srategie in der Berliner Hochschulpolitik zu erkennen, herrscht nicht ein heilloses Chaos? Und wenn ja, welche ist das und was bedeutet das für die Studierenden?

Ein genauer Blick auf die aktuellen Vorhaben des Senators für Wissenschaft und Forschung, Manfred Erhardt (CDU), bestätigt einmal mehr, was sich seit längerer Zeit abzeichnet. Seine Problemanalyse: Den Universitäten gehe es viel zu gut, sie fütterten unnötig "Bummelstudenten" durch und erweckten überhaupt den Eindruck, sie seien "die Wärmehallen der Nation". Eine Lösung läge auf der Hand, eine Roßkur sei nötig, "Massenuniversitäten" seien "nicht mehr in".

Folgerichtig wird eine Kürzung der Ausstattung der Hochschulen angestrebt, im Klartext: in Berlin sollen 15.000 Studienplätze und 1200 Stellen für wissenschaftliches Personal abgebaut werden.

Die Sache hat allerdings einen Haken: Die Universitäten wollen nicht immer so, wie Herr Erhardt will. Sie teilen seine Auffassungen häufig nicht, wenn es um die Einstellung ganzer Studiengänge, die Abwicklung oder Verlagerung von Fachbereichen oder Instituten oder auch um Details wie Umfang und Anzahl von Zwischenprüfungen etc. geht. Bei ihm klingt das dann so:

"Der Senat von Berlin hält es daher für erforderlich, im Berliner Hochschulgesetz die Möglichkeit zu schaffen, daß Struktur- und Planungsentscheidunden auch durchgesetzt werden können, wenn die Hochschulgremien die hierzu erforderlichen Beschlüsse nicht fassen sollten." "[Er...] hält es [...] für geboten, die wesentlichen Eckdaten und Vorgaben für die Studienstrukturreform hochschulrechtlich vorzugeben." [1]

Das heißt nichts anderes, als daß im Zweifelsfall bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Senat und Hochschulen die Meinung des Senators für Wissenschaft und Forschung per Gesetz zur richtigen erklärt wird - Unfehlbarkeitsdogma einmal anders oder "die Partei hat immer Recht"..

Ermächtigung

Drei Möglichkeiten fallen dem Senator ein, diese "hochschulrechtlichen Vorgaben" in die Tat umzusetzen.

1. Das Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) sei so zu erweitern, daß *"die Planungsentscheidungen des Senats für die Hochschulen und ihre Organe als unmittelbar verbindlich und ihre Durchsetzung zur staatlichen Angelegenheit erklärt"* werden. (ebd.S.F2)
2. Das BerlHG sei dahingehend zu ändern, daß der Senator *"strukturelle Veränderungen von Studiengängen und Organisationsgliederungen von den Hochschulen verlangen und ihnen gegenüber [...] durchsetzen kann."* (ebd.S.F2)
3. Es sei eine *"Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsordnungen "* in das BerlHG aufzunehmen, mit denen die gewünschten Regelungen von Senator rechtsverbindlich vorgeschrieben werden können. (ebd.S.F2)

In der Realität hätten alle drei Varianten das gleiche zur Folge und der Senat liefert die dafür passende Vokabel gleich mit, sie lautet "Ermächtigung".

Aber die drei Vorschläge haben noch etwas weiteres gemeinsam: Sie sind alle verfassungsrechtlich bedenklich und hochschulpolitisch verheerend. Die erste Variante, den Senator - und das ist keine Untertreibung - zum uneingeschränkten Herrscher über die Hochschulen zu machen und deren Entscheidungsinstanzen der Bedeutungslosigkeit auszuliefern, ist dabei nur die am wenigsten getarnte und am offensichtlichten verfassungswidrige Version , gemeint ist immer das gleiche: In allen, die Hochschulen betreffenden Fragen seien dringend "sachgerechte" Entscheidungen nötig. Sind die Universitäten nicht bereit, diese zu fällen, muß der Senator, dieses selbst tun.

Klarer Fall: Was sachgerecht und richtig ist, wie ein Fachbereich zusammengesetzt ist, wie ein Studium organisiert wird etc. - alles entscheidet der Senator am besten persönlich, was wahr ist (und was falsch) bestimmt die Regierung: l'etat c'est moi.

Selbst wohlmeinenden BeobachterInnen muß die frappierende Ähnlichkeit zum Bildungswesen der DDR auffallen.

Nun ist natürlich nicht ausgeschlossen (wenn auch nach Berliner Erfahrungen nicht wahrscheinlich), daß Studienbedingungen sinnvolle Rahmenbedingungen bereithalten.

Trotzdem gehört die Autonomie der Hochschulen zu den zentralen Forderungen der studentischen Hochschulpolitik, und dafür gibt es gute Gründe: Selbst unter den bekannten Bedingungen des mittelalterlichen Ständewahlrechts an den Hochschulen ist die Autonomie der Hochschule allemal das geringere Übel.

Autonomie - Grundlage einer demokratisch verfassten Hochschule

"Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre

entbindet nicht von der Treue zur Verfassung." (Art. 5(3) Grundgesetz)
Dieser Grundgesetzartikel ist Grundlage des gesamten Hochschulwesens in der Bundesrepublik Deutschland. Als Konsequenz aus den Erfahrungen der Nazi-Zeit war es die einhellige Meinung der (west-)deutschen Staatslehre nach 1945, daß dieses Grundrecht neben der Garantie der individuellen Wissenschaftsfreiheit auch "die Institutionen der wissenschaftlichen Hochschule als einen von der staatlichen Verwaltung unabhängigen Bereich garantiert".[2] (S.160) Als Mindestmaß der den Hochschulen zuzubilligenden Autonomie wurde die Begrenzung ministerieller Eingriffsmöglichkeiten auf " (...) eine Rechtsaufsicht, nicht eine Ermessensaufsicht" angesehen.
Das ist genau der Streitpunkt, um den es heute geht. Das Berliner Hochschulgesetz folgt hier genau der Linie, die staatliche Regierungsbürokratie dürfe nur die Rechtsmäßigkeit der Entscheidungen der Universitäten prüfen, inhaltliche Einflußnahme von Seiten der Landesregierung wird ausgeschlossen - die bundesweit konsequenteste Umsetzung der Vorgaben des Grundgesetzes. Fragen, die zwischen Hochschulen Staat und Gesellschaft geregelt werden müssen, beispielsweise beim lieben Geld, werden in einem "Kuratorium " in Kooperation aller Seiten behandelt.
Der Versuch des Senators, diese Form der Kooperation durch einseitige Weisungsbefugnis zu ersetzen, berührt also nicht nur einzelne Regelungen der Hochschulgesetzgebung, sondern ein elementares Grundrecht.
Gerade in Berlin ist Autonomie der Hochschulen von direkter staatlicher inhaltlicher Einflußnahme wesentlicher Punkt des universitären Selbstverständnisses, schließlich war gerade die Gründung der " Freien" Universität eine Reaktion auf die Übernahme der Humboldt-Universität im damaligen Ost-Berlin durch die dortige Politik. Auch deshalb wurde die Hochschulautonomie in Berlin - wie nirgends sonst in Deutschland - organisatorisch verankert.

Verfassungsänderung?

Darauf angesprochen erwidert der Senator gerne, daß wenn Realität und Grundgesetz nicht zueinander paßten, die Verfassung eben geändert werden müsse - eine Aussage, voll im Trend der derzeitigen Politik (siehe Asyl-(un-)recht, Kampfeinsätze der Bundeswehr, Lauschangriff etc.).
Unterschlagen wird dabei allerdings, daß die hohen Herren allesamt einen Eid darauf geleistet haben, eben dieses Grundgesetz mit Leben zu füllen, nicht seine Grenzen auszuloten. Ihre Aufgabe ist es, die Realität den Verfassungsgeboten anzunähern, nicht umgekehrt, gemeinhin nennt mensch dies den " Verfassungsauftrag...

Wenn es ernst wird: "Eckdaten für die Studienstrukturreform"

Die o.a. Überlegungen mögen sehr abstrakt und weit entfernt erscheinen. Sollte der Senator sich jedoch mit seinen Vorstellungen durchsetzen, wird dies durchschlagende Wirkung auf den universitären Alltag haben.
Wie sich der Senator z.B. die Regelungen bezüglich des Studiums vorstellt, konkretisiert er an anderer Stelle, in einem Referenten-Entwurf seiner Verwaltung zur Änderung des BerlHG, der dem *Uni-Kurier* vorliegt.
Dort wird vorgeschlagen, das BerlHG so zu verändern, daß *"strukturelle und quantitative Eckdaten für Studium und Hochschulprüfungen"* durch Rechtsverordnung vom Senator festgelegt werden können. Konkret: *"Zu diesen Eckdaten gehören insbesondere die Regelstudienzeiten, der Studienumfang, die Prüfungsvorleistungen, die Fachprüfungen sowie Grundsätze über Bearbeitungszeiten und über den ersten Prüfungsversuch innerhalb der Regelstudienzeit (Freiversuch)."* Außerdem sind dreizehn (!) Detailpunkte aufgeführt, die für jeden Studiengang verbindlich vorzuschreiben seien.
Beispiele:
- Regelstudienzeit
- obligatorischer Studienumfang
- verbindliche Meldefristen für Prüfungen und Sanktionen bei Fristüberschreitung
-Detailregelungen für einzelne Prüfungen (Art, Umfang, Bewertung)
-Einführung von Prüfungs-"Frei"-Versuchen

Alle diese Dinge sind von der Universität verbindlich zu regeln, sollte die Universität sich weigern, werden die entsprechenden Änderungen per Rechtsverordnung verfügt. Die Musterprüfungsordnung, bisher von der Hochschule selbst erarbeitet und von Zeit zu Zeit (leider zu selten) neuen Gegebenheiten angepaßt, findet sich nun plötzlich im Gesetz wider, oder in einer Rechtsverordnung von Senators Gnaden. Mitsprache der Hochschulen, gar Mitsprache von Studierenden, wie innerhalb der Hochschule wenigstens minimal vorhanden? - Fehlanzeige!

Klammheimliche Erleichterung bei den Professorinnen?

Wenn Ihr also in Zukunft innerhalb von 8 Semestern Euer Diplom abschließen, alle 2 Semester verbindliche Zwischenprüfungen ablegen, gleichzeitig aber Studiengebühren abdrücken, studienbegleitende Leistungsnachweise erbringen und vorgeschriebene Hausarbeiten vorlegen müßt, dann liegt das womöglich nicht wie bisher an der Unwilligkeit Eurer Professoren, sondern an der Regelungswut eines Senators, der zwar, "die Verfassung nicht immer unter dem Arm trägt", die Mottenkiste konservativer Bildungspolitik aber immer in Sichtweite bei sich führt.
Das gelangweilte Achselzucken, mit dem die meisten Professoren diese Vorschläge kommentieren, ist ein Indiz dafür, daß sie es möglicherweise gar nicht so furchtbar finden, daß der Senator ihnen auf diesem Gebiet die Drecksarbeit abnehmen will und sie sich in ihrem Elfenbeinturm der Forschung zurückziehen können.
Sollte dieses Konzept nicht aufgehen, können sie ja immer noch die Studierenden zum "Sturm auf die Uni" anhalten (siehe FU) und diese für sich die Kartoffeln aus dem Feuer holen lassen...

Bernd Fick

Literatur:

[1]Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung: Berliner Hochschulstrukturplan 1993, SenWiFo 1993, S. A8
[2] SDS: Hochschuldenkschrift, Nachdruck der 2. Aufl. von 1965, Frankfurt/M. 1972, 1. Aufl. 1961

(leicht gekürzt)

Neue Wege oder alter Zopf?

Senator Erhardts Hochschulstrukturplan

Zu Beginn des Sommersemesters ist der Hochschulstrukturplan aus dem Hause Erhardt (Senator für Wissenschaft und Kunst) den Hochschulen zur Stellungnahme zugegangen. Und wie fast alles aus diesem Haus, wirbelt dieser Plan über die Entwicklung der Hochschulen in Berlin bis zum Jahr 2010 gehörig Staub auf, soll er doch der Entwicklung der Berliner Hochschulen eine völlig andere Richtung geben.

Um es gleich vorweg zu nehmen, eine so benannte Hochschulreform ist nicht nur eine Berliner Entwicklung. Im Zuge der Novellierung der Landeshochschulgesetze in den altbundesdeutschen Ländern und der Verabschiedung von Landeshochschulgesetzen in den ostdeutschen Ländern wird die gesamte Struktur des Bildungssektors in der Bundesrepublik in Frage gestellt und ohne große Diskussion verworfen. Dies betrifft bspw. den Zugang zum Studium, die Freiheit der Studiengestaltung, demokratische Umgangsformen in der Hochschule und gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft.

Der Strukturplan läßt sich teilen, in eine äußere Strukturreform der Berliner Hochschulen und in eine Veränderung der Organisationsstruktur in den Hochschulen.

Studienplatzabbau

Die äußere Reform besteht im wesentlichen in der Verringerung der Studienplätze in Berlin. Dies soll mit einer Verringerung des wissenschaftlichen Personals der Hochschulen und einem Abbau des Studienangebots einhergehen. Begründet wird dies mit dem in den Jahren der Ost-West-Konfrontation betriebenen überproportionalem Ausbau der Hochschulen sowohl in Ost- als auch in Westberlin. Liest sich so: *"Verantwortungsvolle und sachgerechte Hochschulpolitik muß die Weichen dafür stellen, daß angesichts der einigungsbedingten Differenzierungen und Spezialisierungen eine Neuordnung vorgenommen wird, die zu neuen Schwerpunktsetzungen und Profilbildungen, zu einem arbeitsteiligen Verbund und zu einem effizienten Einsatz der knappen Ressourcen führt."*

Im einzelnen bedeutet dies, daß in Berlin 10.000 Studienplätze abgebaut werden sollen. Angesichts der Tatsache, daß 1992 in Berlin 135.000 Studierende an einer Hochschule immatrikuliert waren, ist diese Zahl nicht sehr hoch. Jedoch geht der Abbau von den z.Z. zur Verfügung stehenden Studien*plätzen* aus.

Derzeit drängen sich an der FU 61.490 Studierende auf ca. 40.000 Studienplätzen. Zukünftig sollen nur noch 29.000 Studienplätze verbleiben

An der TU sollen sich die Studienplätze lediglich um 4.500, auf 23.000 verringern. Die Hochschule der Künste soll mit einem Abbau von 500 Studienplätzen zum Sparpaket aus dem Hause Erhardt beitragen. Dies alles ist nur langfristig umsetzbar, sagt Erhardt selbst. Der Studienplatzabbau wird die z.Z. immatrikulierten Studierenden nur bedingt treffen. Hart wird es für die Abiturienten und kommende Generationen. Die Zulassungszahlen in den verbleibenden Studiengängen, werden drastisch verringert. Selbst an unserer Hochschule wird die z.Z. festgelegte Gesamtimmatrikulationszahl von 5120 auf 4950 pro Semester gesenkt. An der FU von 8300 auf 6000 Neuimmatrikulierte und an der TU von 5620 auf 4700 Erstimmatrikulierte.

Eine Hauptstadt benötigt offensichtlich keinen Geist, unabhängig davon, ob er kritisch ist. Bleibt zu konstatieren, daß offensichtlich Strukturpolitik nach finanziellen Kriterien betrieben wird.

Veränderung der inneren Struktur der HS

Neben der äußeren Veränderung sollen die inneren Strukturen der Hochschulen verändert werden. Das Haus Erhardt konstatiert, daß an den 3 Berliner Universitäten z.Z. 68 Fachbereiche existieren. Diese Zahl soll drastisch verringert werden. Die TU ist da mit gutem Beispiel vorangegangen, so der Senator schulterklopfend. Vor allem gibt auch hier die Begründung zu denken, stellt sie doch Anforderungen an zeitgemäße Forschung und Forschungsmanagement in den Mittelpunkt.

Die Reduzierung der Fachbereiche muß im Zusammenhang mit der Veränderung der Stellung der Dekane gesehen werden. Zukünftig soll der Dekan Mittelverwalter des Fachbereiches sein und nach gut Dünken und nach Leistung Finanzen an die Professoren verteilen. Selbstverständlich muß solch eine Persönlichkeit dann auch im Akademischen Senat vertreten sein. Damit wird nicht nur die Kompetenz des kollegial zusammengesetzen Fachbereichsrates, unterlaufen, denn die Mittelvergabe macht den Dekan über alle Beschlüsse des Fachbereichsrats erhaben. Auch die Tätigkeit des Akademischen Senats, jetzt vermittelndes Element zwischen den Gruppeninteressen, wird sich anderen Kriterien unterordnen müssen. Mitbestimmung wird mehr denn je zum Fremdwort werden. Ökonomische Orientierung avanciert zum Schlagwort.

Auch hier wird mit einem Grundsatz, der 68 erstritten wurde, gebrochen. Zukünftig wird es keine Mitbestimmung der Hochschulgruppen mehr geben.

War nach '68 klar, daß sich die Hochschule nicht im luftleeren Raum befindet, soll heute die gesamtgesellschaftliche Verantwortung hinterfragt werden. Sind Hochschulen an sich geschlossene Systeme, bieten Kuratorien zumindest bedingt die Möglichkeit eines Einflusses gesellschaftlicher Gruppen. Zukünftig soll ein Berliner Universitätsrat ein universitätsübergreifendes Steuerungs- und Entscheidungsgremium vor allem in Haushaltsangelegenheiten sein. Diese Vorstellung reduziert den gesamtgesellschaftlichen Einfluß. Übrig bleibt der Einfluß der Wirtschaft über Drittmittel und eine an ihr ausgerichtete Tätigkeit der Hochschulen. Wird gesellschaftliche Verantwortung auf Verantwortung gegenüber der Wirtschaft reduziert. Und dies vor dem Hintergrund des Sozialabbaus, der Ausländerfeindlichkeit, der Tendenzen zur Zerstörung der Welt. Hier wird mehr als nur korrigiert und es muß entschiedener als nur mit "Nein !" geantwortet werden.

Schon fast von allein versteht sich, daß zukünftig die Regelstudienzeit durchgesetzt werden soll. Auf dem Papier gibt es sie schon lange, allein hatten Politiker bisher soviel Realitätssinn, daß sie sahen, daß ein Studium ob der von ihnen geschaffenen Bedingungen in einer solchen Zeit nicht qualifiziert zu absolvieren ist. Nun eigene Fehler mit Gewalt auf Studierende abzuladen, wird zuerst den Weg zu den Gerichten eröffnen oder sofort Barrikaden

Fortsetzung auf Seite 20

"Diesseits und jenseits der Spree"

Umzugspläne bei Humboldt's

Jedes Jahr bezahlt die Humboldt-Universität für ca. 12 Millionen DM Miete für 81 angemietete Gebäude bzw. einzelne Räume, da zur Absicherung der Lehre die Flächen in den Gebäuden der Universität nicht mehr ausreichen. Um weitere Gebäude anmieten zu können und die teilweise extreme Raumnot der einzelnen Fachbereiche zu lindern, hat jetzt die "Raumplanungskommission" der HUB ein mittelfristiges Raumkonzept erarbeitet. In den nächsten fünf Jahren soll ein Großteil der Fachbereiche neue Räume und/oder neue Gebäude bekommen.

"Bey Bestimmung des Prinz Heinrichschen Schlosses für die Universität und damit verbundene wissenschaftliche Institut habe Ich darauf Rücksicht genommen, daß in dessen Nachbarschaft sich das Akademie-Gebäude, die chirurgische Pépiniere, die Bibliothek, Sternwarte und übrige Hilfsmittel zum größten Teil schon befinden." - Friedrich Wilhelm III. hatte sich von Herrn Humboldt genau beraten lassen, welchen Ort seine Universität einnehmen sollte, nämlich in der Mitte Berlins, in unmittelbarer Nachbarschaft der anderen wissenschaftlichen Institutionen der Stadt. So ähnlich liest es sich auch in den "Grundsätzen zur Raumordnung für die Fachbereiche der HUB", die vom Akademischen Senat am 25.05.1993 beschlossen worden: *"Die Humboldt-Universität ist in der Tradition europäischer, innerstädtischer Universitäten gegründet worden, die im Gegensatz zum Modell der angelsächsischen Campus-Universität immer auch die Funktion hatten, die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung großer Metropolen mitzugestalten. (...) Die gegenwärtige räumliche Nähe aller Fachbereiche in innerstädtischen Lagen ermöglicht eine fruchtbare interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den Natur-, Geistes- und den medizinischen Wissenschaften."*

Kriminelle Raumsituation

Das klingt schön, ist aber schon lange nicht mehr durchsetzbar, die Humboldt-Universität ist hinsichtlich ihrer Raumkapazitäten schon längst bankrott: Am 3.12.1991 beschloß die Universität den Umzug einiger naturwissenschaftlicher Fachbereiche nach Adlershof, heute ist jedoch äußerst ungewiß, ob überhaupt eine Realisierung dieses Vorhabens möglich ist. Ein Jahr zuvor war sich die Universität der Gebäude der ehemaligen Friedrich-Engels-Kaserne sicher, die gehören nun dem Bundesvermögensamt und können, wenn überhaupt, nur in Gemeinschaft mit dem Deutschen Historischen Museum und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz genutzt werden. Die Humboldt-Universität hat heute ein Flächendefizit von mehreren tausend Quadratmetern, es gibt kein Institut, welches genügend Flächen zur Absicherung der Lehre vorweisen könnte. Daß Unter-den-Linden noch keine chaotischen Zustände wie in München oder Bremen herrschen, liegt allein an den noch in Maßen steigenden Studentenzahlen. Zum Sommersemester werden jedoch auch an der HUB noch mehr Studenten studieren, die Grenze von 20.000 Studenten ist dann mit Sicherheit überschritten. Bei gleichzeitig weitergehenden Neuberufungen von Professoren, deren Anrecht auf Büroräume vertraglich gesichert ist, wird die Raumsituation spätestens Ende 1994 prekär, da in mehreren Gebäuden (Germanistik, Chemie, Hauptgebäude) dringende Sanierungsarbeiten anstehen.

"Räumchen-wechsel-Dich-Spiel"

Die Universitätsleitung beauftragte deshalb verschiedene Architektenbüros, den Hochschul-Informations-Dienst (HIS) in Hannover und die Raumplanungskommission der Universität, städtebauliche Studien zum Standort Adlershof, Charité und für das Hauptgebäude zu erstellen. Bis zum 20.09.1993 wird nach den HIS-Kennwerten *(das ist diese komische Quadratmeterzahl, die dem Studenten sagt, wieviel Quadratmeter einem Studenten zustehen - säzza)* eine Bestandsaufnahme der Raumkapazität für die Universität erstellt, dem folgt ein "Nachnutzungskonzept" für den endgültigen Umzug der einzelnen Fachbereiche. Parallel dazu wurde eine Arbeitsgruppe

mit Vorschlägen zur Gestaltung des Bebel-Platzes in seiner alten Form beauftragt.
Was dringend notwendig ist und wer wohin schon in den nächsten zwei bis vier Jahren umziehen soll, das legte die Raumplanungskommission in ihrem Konzept vor, welches vom Akademischen Senat als Empfehlung für die Fachbereiche bestätigt wurde.
Demnach gäbe es folgende Raum- und Gebäudeaufteilung für die Universität:

> Die **Rechtswissenschaften** ziehen in die Kommode, hinzu kommt ein geplanter Neubau im Hof der Kommode. Die Teile des Universitätsarchivs, die sich hier noch befinden, ziehen mit dem gesamten Archiv in die ferne Prenzlauer Promenade 149-152. Die in der Kommode vorhandenen Sprachkabinette, die Mediothek und der PC-Pool verbleiben bis zur Errichtung eines Neubaus für die Fremdsprachlichen Philologien im Gebäude, ebenso das Copy-Center, das einen längerfristigen Mietvertrag hat. Möglichst bald sollen das Vorderasiatische Institut und Teile der Rehabilitationswissenschaften, Informatik, Mathematik, Germanistik und Sozialwissenschaften ausziehen, die ebenfalls Räume in der Kommode besitzen.
> Die **Wirtschaftswissenschaften** bleiben wo sie sind, ein zusätzlicher "Erweiterungsbau" soll den Flächenbedarf des Fachbereichs abdecken. Die Essensversorgung soll auch im Gebäudekomplex sichergestellt werden, wie dies aussehen soll, weiß aber keiner (siehe Artikel in diesem Heft). Der endgültige Standpunkt der Wirtschaftswissenschaften ist aber nicht endgültig gesichert, da innerhalb der Baukonzeption des zukünftigen Regierungssitzes Berlin ein großes Interesse an diesem Gebäude besteht.
> Die **Theologen** sollen umziehen - in die Waisenstraße und Klosterstraße (hinter dem Roten Rathaus), gleichzeitig sollen längerfristig die Räume im Berliner Dom (Bibliothek und Seminarräume) freigezogen werden.
> Die **Erziehungswissenschaften** werden in der Kaserne/ Haus 10 (welches die Uni vom Bund angemietet hat) und teilweise im Haus 8 in der Geschwister-Scholl-Straße (welches die Uni noch nicht besitzt) zusammengefaßt.
> Der Fachbereich **Sozialwissenschaften** wandert ins Niemandsland der Wallstraße 9-13 (hinter der Leipziger Str. entlang der Spree). Später soll dann auch die Bibliothek aus der Clara-Zetkin-Str. 112 in die Wallstraße ziehen, bis dahin müssen die Studenten, die in die Bibliothek wollen, einen dreißigminütigen Fußmarsch in Kauf nehmen.
> Die **Rehabilitationswissenschaftler** bleiben in der Albrechtstraße 22 und bekommen nach Abzug der Germanisten und Rechtswissenschaften die Mietobjekte in der Marienstr. 11 und Schumannstr. 5. Langfristig werden die Rehabilitationswissenschaften aber in die Ziegelstr. 10 - 13, in die Tucholskystr./Monbijoustr. abwandern. Gegen den Verbleib in der Hinterhauslösung Albrechtstraße gibt es seitens des Dekans der Reha.-wissenschaften heftigen Protest: die zu erwartenden Studenten können da nicht mehr untergebracht werden, eine Lösung ist offen.

Lösung des Raumproblems - Uni im Freien? **Foto:** Frühauf

Historikerhegemonie im Westflügel

> Die Philosophen und **Historiker** erhalten vielversprechendes: den gesamten Westflügel des Hauptgebäudes der Universität, die Informatiker, Mathematiker und Slawisten ziehen aus, das Rechenzentrum behält seine Räume. Die **Philosophen** müssen allerdings ersteinmal in die Universitätsstr 3b-4 ziehen, da die **Anglisten** die Räume des jetzigen Instituts für Philosophie besetzen werden, und das in "naher Zukunft", wie Kanzler Neumann betonte. Damit ergäbe sich eine interessante Ausrichtung des **Hauptgebäudes** für die Zukunft: **Universitätsverwaltung (samt Leitung)**, Fachbereich Geschichte/Philosophie, **Klassische Philologien und das Winckelmann-Institut**. Das **Studentenparlament** erhält Räume gegenüber dem Kinosaal (Traditionskabinett und nebenliegende Räume). Bis zum Neubau in der Clara-Zetkin-Straße 12 - 14 ziehen die **Romanisten** in den Ostflügel des Hauptgebäudes, die **Anglisten** verbleiben hier.
> die **Kulturwissenschaften** ziehen in die Universitätsstr. 3b-4, nachdem die Sportwissenschaftler und des Instituts für Asien- und Afrikawissenschaften ausgezogen sind.
> in der Clara-Zetkin-Str. 26 verbleiben die **Informatiker** und das **Institut für Bibliothekswissenschaft**, hinzu kommt das gleichnamige Institut für Bibliothekswissenschaften der FU. Die Informatiker erhalten zusätzlich das Gebäude in der Clara-Zetkin-Straße 28 zur Nutzung, wenn dieses irgendwann durch die Humboldt-Universität genutzt werden kann, momentan geht das zumindest nicht.
> Die **Germanistik** zieht als Zwischenlösung in die Glinkastr. 18-24, da die Clara-Zetkin-Str. 1 saniert und als endgültiger Sitz der Germanistik erweitert wird.
> Die **Geographie** zieht in die Luisenstr. 54 (Nähe Charité), außerdem nutzt er das Mietobjekt Hugo-Wolf-Steig 4 mit den dort vorhandenen Laborgeräten, die **Mathematik** bekommt die Räume der Theologen in der Burgstr. 26 und erhält einen Neubau auf dem Sportplatz an der Spandauer Straße., die **Psychologen** verbleiben in der Oranienburger Straße und bekommen eventuell ein Erweiterungsbau.
Die **Afrika- und Asienwissenschaften** schließlich sollen in die Lindenstr. 54a (am

Spittelmarkt) ziehen, die erste Lösung Prenzlauer Promenade war von Vertretern des Fachbereichs abgelehnt worden.

Die neuen Ufer der Spree: Geistes- und Naturwissenschaften

Bei diesen Umzugsplänen ging die Raumplanungskommission von verschiedenen Grundsätzen aus: Von allen Fachbereichen wurde ein Mindestfehlbestand von 20% vorausgesetzt, Fachbereiche, die in enger Verbindung stehen sollten möglichst nahe beiander untergebracht werden, durch den Umzug darf keine Verringerung der derzeitig vorhandenen Kapazitäten entstehen, die Verwaltung der HUB im Hauptgebäude soll sich nicht weiter ausdehnen. Insgesamt, so der studentische Vertreter Sven Vollrath im akademischen Senat, habe man bei der Konzeption ein einfaches Prinzip verfolgt: "Die Geisteswissenschaften diesseits der Spree, die Naturwissenschaften und Medizin jenseits der Spree." Die jenseitigen Naturwissenschaften werden noch jenseitiger nach Adlershof ziehen, und aus der eingangs zitierten "europäischen, innerstädtischen Universität" wird dann wohl doch das angelsächsische Campus-Modell. Interessant ist dabei die Konzentration von Jura, Historia und Philosophie und Sprachen/Germanistik im Hauptgebäude der Universität bzw. unmittelbar daneben - mitten im Regierungssitz Berlin: das neue Bild der Humboldt-Universität?

Daß dies jedoch zunächst alles keine Lösung des Raumproblems sein kann, darüber waren sich die Mitglieder des Akademischen Senats einig. "Es ist ein Konzept für die nächsten fünf bis zehn Jahre, dann gibt es ein Nachnutzungskonzept.", beschreibt die Präsidentin Dürkop die derzeitige Situation. Trotzdem soll schon Ende des Jahres mit der Umsetzung der Umzugspläne begonnen werden, denn es stehen dringende Sanierungsarbeiten auch des Hauptgebäudes an.

Und ob er nun in der Kommode oder im Hauptgebäude sein Büro mit vier anderen Professoren und acht Assistenten teilen muß, ist Prof. Klaus Hansen vom Institut für Anglistik/Amerikanistik inzwischen schon egal: "Intime Gespräche führe ich sowieso nur noch im Treppenhaus, weil man da allein ist."

T.U.E.T.

Wir bekommen (k)eine neue Mensa

Das ist wohl der Traum eines jeden Studierenden unserer Universität, der sich täglich durch die Luftschichten und Schlangen in der Hauptmensa kämpft bzw. alljener, die täglich im Container in der Spandauer Straße ihr Süppchen löffeln. Doch um es vorweg zu nehmen, daran wird sich sobald nichts ändern. Denn vor unserer Uni liegen große Aufgaben und unsere Hochschullehrer und die Hochschulleitung sind der Meinung, daß mensch angesichts dieser Herausforderungen auch mal die menschlichen Bedürfnisse der Ernährung zurückstecken muß.

Hinlänglich bekannt ist uns allen ja schon, daß alle Ausgaben der Universität den Versprechungen in den Berufungsverhandlungen mit unseren neuen Hochschullehrern untergeordnet werden. Und so kommt es nun auch, daß ein Raumnutzungskonzept für die Hochschule an die Versorgung der Studierenden mit Essen nicht gedacht hat. Denn ob der Umstrukturierung der Hochschule kann ein solches banales Problem noch einige Zeit warten.

Hatte sich noch 1990 die große Lösung mit der Übergabe des Kasernengeländes an die HUB abgezeichnet, ist der graue Alltag in die Amtsstuben wieder eingezogen. Mittlerweile sind sich alle Verantwortlichen sogar darüber einig, daß die Mensen nicht weiter in den bisherigen Räumen bleiben können. Doch weiter ist mensch bisher nicht gekommen. Und die Zeit arbeitet gegen die Essenversorgung. Wurde die Mensa Spandauer Straße bereits geschlossen und bewirtet das Studentenwerk seine Gäste nunmehr in Containern, steht dies der Mensa im Hauptgebäude, die schon jetzt mehr Essen als die große Mensa Nord ausgibt, noch bevor. Aber es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, bis die Hygiene auch hier den Gästen den Zutritt verwehrt.

Schwierigkeiten bei der Mensaniederlassung

Da stellt sich nun zuerst die Frage, wo die Hochschule bzw. das Studentenwerk eine neue Mensa in der Nähe des Hauptgebäudes errichten könnte. Nachdem das Kasernengelände auf Jahre wegen des Streites zwischen betagten alten Politikern nicht nutzbar sein wird, wagte das Studentenwerk jetzt einen Vorstoß zur Verbesserung der Situation. Es ließ eine Studie über eine provisorische Mensa im Innenhof des Hauptgebäudes erstellen. An französischen Verständnis vom Umgang mit Geschichte orientiert, soll der Betonplatz statt des Rasens eine Glaspyramide erhalten, in der in zwei Etagen getafelt werden könnte.

Auf Nachfrage bei der Bauverwaltung der Hochschule wurde uns mitgeteilt, daß diese Variante von der Hochschule abgelehnt wird, da die historische Struktur des Hauptgebäudes dadurch zerstört würde, die Anlieferung und Entsorgung nicht geklärt sei. Der Kanzler beansprucht den Betonplatz gar als Lagerplatz für Baumaterialien, wenn im Hauptgebäude dann 1995 so richtig gewerkelt wird. Und einige Studierende erinnern sich der alten Forderung nach Begrünung des Platzes und lehnen dankend ab.

Damit ist natürlich keine Lösung gefunden.

Provisorium auf Dauer? - auch denkbar für den Innenhof!
(Mensa-Container bei der WiWi; von außen und innen) **Fotos:** Soest

Für die Bauverwaltung ist es gegenwärtig noch zu früh, um mit der Planung für eine Mensa zu beginnen. Die Hochschule beauftragte erst einmal die Hochschulinformationssystem GmbH Hannover mit der Erarbeitung eines Baukonzeptes. Was nichts anderes heißt, als daß alle jetzigen Studierenden dieser Universität, es sei denn, sie wollen ihr weiteres Leben hier verbringen, eine Verbesserung der Situation nicht mehr miterleben dürften.

Und dabei sind die Bedingungen für den Mensabau günstig. Jahr für Jahr erscheint der Mensaneubau im Hochschulbauprogramm des Bundes und der Länder, Jahr für Jahr werden die Mittel nicht für den beantragten Zweck in Anspruch genommen. Die Uni verfügt über mindestens ein zentrales Grundstück, was für einen Mensaneubau geeignet wäre, würde mensch dies wollen, und eben dieser zentralen Einrichtung Priorität vor der Raumausstattung der Fachbereiche einräumen.

Da wäre dann noch die Mensa in der Spandauer Straße, deren Sanierung, wie uns die Bauabteilung versicherte, im Juni beginnen soll. Voraussichtlich wird sie zum

WiWi und Eßkultur

01.12.93 wieder hergestellt sein. Das ist allein schon deshalb notwendig, weil der Winter dann direkt vor der Tür stehen wird und die Container nicht beheizbar sind. Wir werden sehen. Der Essenraum in der Kapelle wird sein Gesicht nicht verändern, da der Denkmalpfleger der Uni eine Wiederherstellung der Innenausstattung der Kapelle auferlegt hat und somit kein neuer Anstrich an die Decke darf. Das muß dann für die nächsten Jahre irgendwie (!) gehen, sagte man uns in der Bauverwaltung.

Was da auf die Benutzer der Mensen zukommt, kann sich ja jeder selbst ausmahlen. Besser wird es nicht so bald werden, eher schlechter. Übrigens steht auch in der Mensa Nord eine Sanierung bevor. Vielleicht können wir ja irgendwie auf Gulaschkanonen zurückgreifen.

Fazit ist für uns, daß sich von allein nichts tun wird. Das Studentenwerk, das die Mensen bewirtschaftet aber für deren Instandhaltung nicht verantwortlich, ja nicht befugt ist, ist an einer schnellstmöglichen Lösung interessiert, wie auch immer sie aussieht. Über die Gestaltung der Pyramide kann mensch ja streiten, immerhin setzt dies eine Auseinandersetzung mit dem Thema voraus.

In der Hochschule hat Lehre und Forschung Priorität. Da dürfte Warten sinnlos sein. Ebenso wie das Warten auf einen Kindergarten in der Nähe des Hauptgebäudes (seit 1990). Und da helfen auch keine studentischen Senatoren, denn deren Einfluß, vorausgesetzt der Wille ist da, wird nicht reichen.

Macht Eurem Ärger Luft! Die Situation können wir nur gemeinsam ändern.

PS: Die Küchenkräfte können jedenfalls nichts dafür und leiden mit uns.

Thomas Neier

Anzeige

WELTWEIT IN DIE LUFT GEHEN ...

DER FLUGTICKET SPEZIALIST
AUCH SPEZIALTICKETS FÜR STUDENTEN

LONDON AB	299,- DM
ATHEN AB	519,- DM
DUBLIN AB	495,- DM
NEW YORK AB	599,- DM
MIAMI AB	975,- DM
LOS ANGELES AB	1.125,- DM
MONTREAL AB	859,- DM
TORONTO AB	750,- DM
MEXIKO AB	1.299,- DM
BANGKOK AB	1.199,- DM
PEKING AB	1.249,- DM
SINGAPORE AB	1.299,- DM
SYDNEY AB	1.749,- DM
RIO AB	1.489,- DM

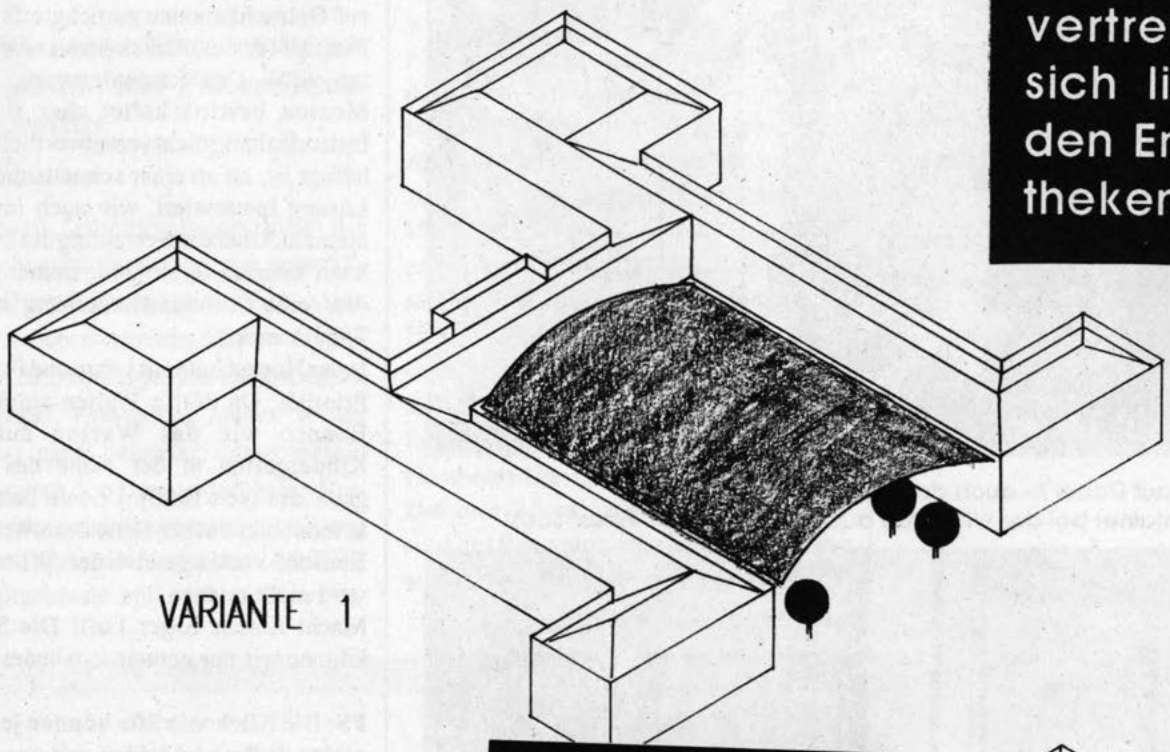
SPRACHREISEN
STUDENTENAUSWEISE
FERIENWOHNUNGEN UND HOTELS IN BULGARIEN
UND DAS BUNTE PROGRAMM NAMHAFTER REISEVERANSTALTER.

SRS

REISESERVICE
MARIENSTR. 25
O-1040 BERLIN
Tel. 2 81 67 41

Grundfläche der Überbauung ca. 7.720 m²
Überbauung des vorhandenen Baumbestandes
Hoffassade nur vom Innenraum erlebbar
Probleme: Denkmalpflege, Statik

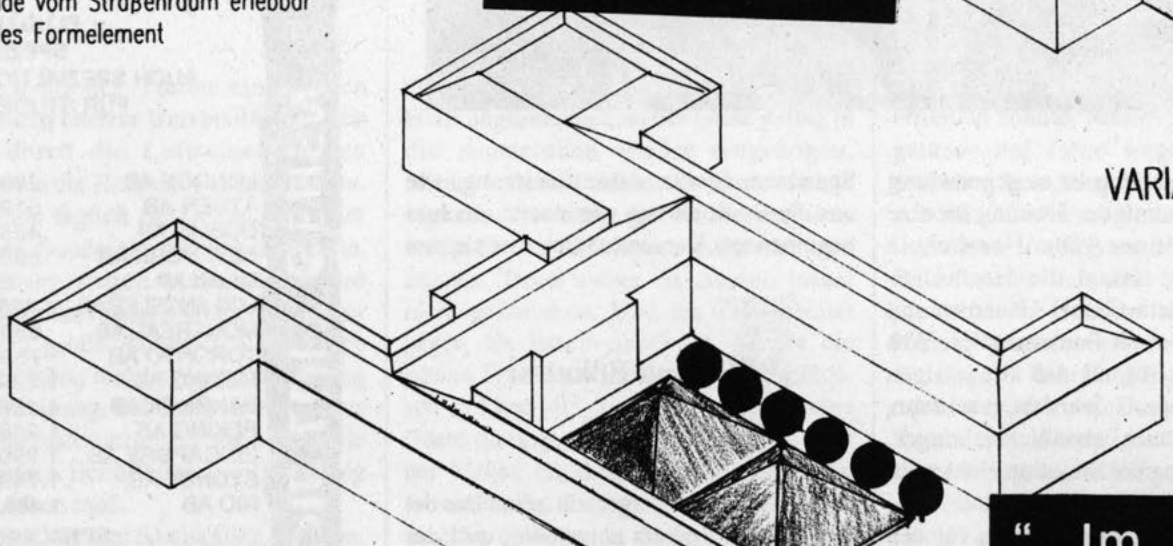
" Die Studen
vertretungen s
sich lieber meh
den Erhalt der B
theken einsetzen



VARIANTE 1

" Nur in Deutschland gibt es Mensen!"*

Grundfläche der Überbauung ca. 2.170 m²
Hoffassade vom Straßenraum erlebbar
artfremdes Formelement



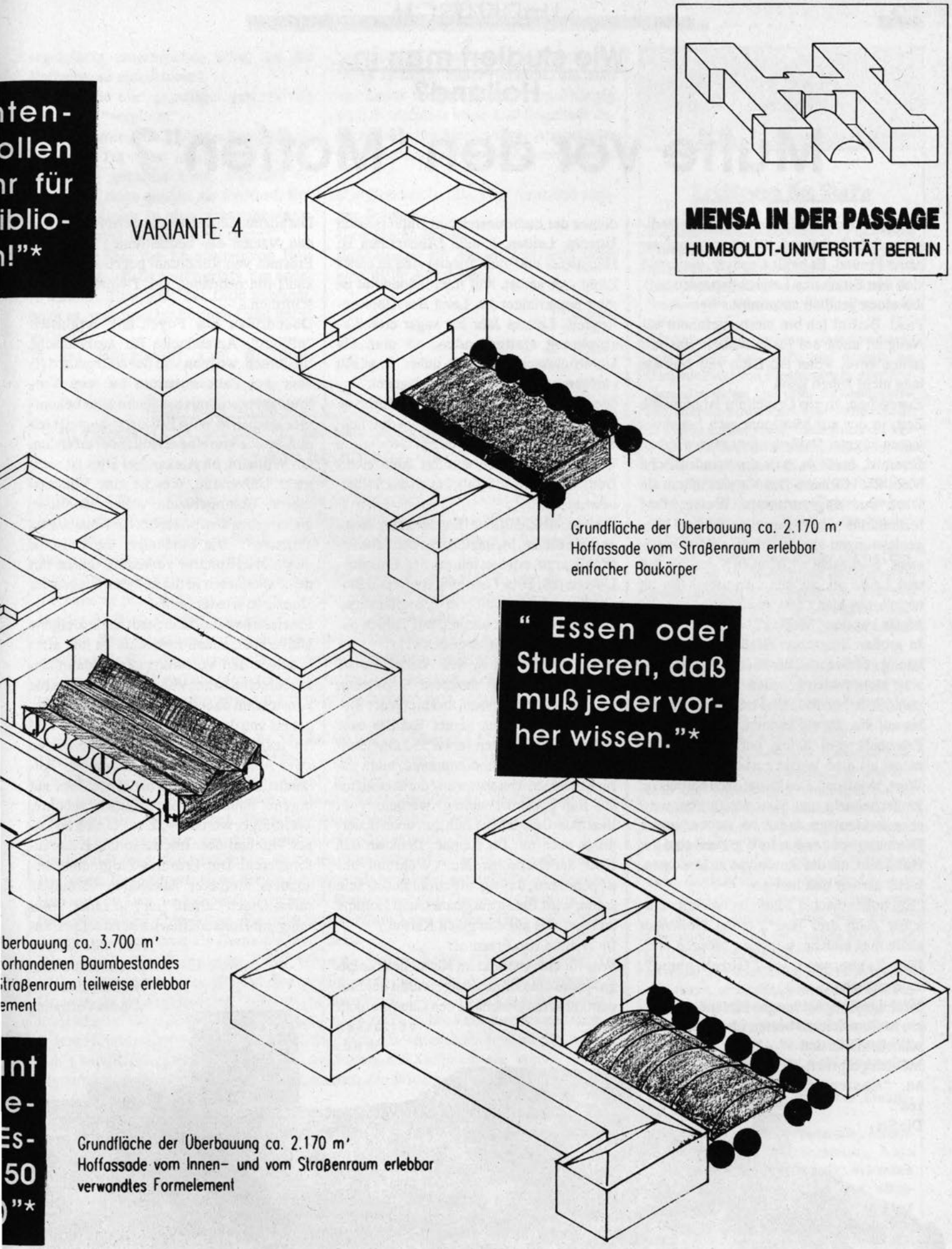
VARIANTE 2

VARIANTE 3

Grundfläche der Ü
Überbauung des v
Hoffassade vom S
artfemdes Formel

" Im Restaura
(Steakhouse) g
genüber gibt es
sen schon ab 8,
DM (Bröckchen ?!)

* Prof. Härdle zur Raumplanung im FB WiWi



VARIANTEN ZUM BAUKÖRPER

Wie studiert man in...
Holland?

Muffe vor den "Moffen"?

...Abends auf dem Balkon eines holländischen Schifferhauses, neben mir ein guter neuer Freund. Er heißt Genever, weil man sich den Sitten des Landes anpassen soll, das einen gastlich aufnimmt.
Prost Berlin! Ich bin hierhergefahren aus Neugier, auch um festzustellen, was mir fehlen wird, wenn ich Dich vier Monate lang nicht haben kann.
Zugegeben, so ein Dritteljahr ist nicht die Zeit, in der ein Missionar sich bekehren lassen könnte. Dafür kommt man wieder.
Erasmus, heißt es, will die "studentische Mobilität" fördern. Das tun sie, indem sie Dich auf angenehmste Weise, fast formularlos durch Europa schicken. Gegenleistungen sind nicht gefordert, höchstens 'erwünscht': "Schauen Sie sich Land und Leute an, zu mehr kommen Sie eh nicht"- das klang fast zu einfach.
Muffe vor den "Moffen"?
In großen deutschen Blättern stand jetzt häufig zu lesen, daß die Niederländer Deutsche nicht leiden könnten. Das stimmt so nicht. Alle Niederländer hassen Deutsche, bis auf die, die sie kennen. Auch das eine Erbschaft vom Krieg, der in Rotterdam nichts als eine Wüste zurückließ, und ein Wort, "Moffen". Das klingt nach bärbeißig, großschnäuzig und Mercedesfahren, wird aber heutzutage meist in liebenswerter Betonung verwendet. In Wahrheit sind die Holländer, um die Stereotype zu hätscheln, lauter als wir und lustiger.
"Ein holländischer Mann ist wie ein deutscher nach drei Bier", einen Holländer stelle man sich am nächsten Morgen vor!
Das Zauberwort ist "Gezelligheid", unübersetzbar.
Wichtige Entscheidungen fürs spätere Dasein treffen sich am besten im Club, bei schnellem Bier und Männergesprächen, "Kastenwesen".
Die Studenten der traditionsreichen Universitäten Utrecht, Leiden, R'dam (Amsterdam ist Hauptstadt und ganz anders) sind in erster Linie - sie selbst. Auf Internationalität ist man eingerichtet im Land des Überseehandels. Letztes Jahr hat sogar eine Abstimmung stattgefunden, ob man als Unterrichtssprache nicht lieber Englisch einführen sollte. 53% waren dagegen!
Wer auch Student ist, wird aufgenommen. Eine politische Einstellung ist unerheblich, der Unterschied in der jungen Generation liegt darin, ob man studiert oder nicht! Dementsprechend ist aber auch das Selbstbewußtsein!
Das gesellschaftliche Engagement treibt enorme Blüten. Meinen ersten echten StuPa-Wahlkampf erlebte ich an der Erasmus-Universität: Drei Tage lang fingen sie Studenten per Uniradio, in Kampfansagen während der Vorlesungen, mit Tulpen auf den Gängen: heb je al gestemt??
Wie studiert man in den Niederlanden? Unabhängig. Wer unserem Sozialstaat nachhängt, muß wissen, daß hier jeder Student ohne Ansehen seiner Familie oder Religion 600 Gulden (etwa 550 DM) monatlich erhält als Studienprämie, nicht zurückzuzahlen. Unterstützung darüberhinaus ala Bafög kann beantragt werden. Vom Erasmus-Geld lebt es sich gut, doch neuerdings auch nur für Reiche, Dank an den Gott der Behrenstraße. (Während des Stipendiums, das eigentlich ein Zusatz sein sollte, wird Bafög ausgesetzt, und Holland ist teuer, bis auf den guten Kaffee.)
Im Namen von Erasmus:
Was für ein Anblick: im Keller des Hauptgebäudes eine Minipassage, damit der Student für seine Geschäfte den Campus nicht verlassen muß.
Die postmoderne Uni, die sich etwas kokett den Namen des neuzeitlichen Gelehrten Erasmus von Rotterdam gegeben hat, verkauft ihn nebenbei, auf T-shirts, Regenschirmen...
Obendrüber das Foyer mit verglasten "offices", Anlaufstelle für ausländische Studenten, wo man von der collegecard (!) über den Zahnarzttermin bis zum Vorlesungsverzeichnis aus Kairo alles bekommen kann. Das Wort Effizienz, begreife ich nun, wurde von einem Holländer erfunden.
Oh Wilhelm, oh Alexander! Dies ist nicht mehr Universität, dies ist eine Wissensfabrik. Betongebäude voller Monitore, gleich neben dem brainpark der Rotterdamer Wirtschaft. Die Studenten, die Erasmus durch die Hintertür verlassen, fahren mit den Fahrstühlen in die höheren Etagen der Konzerne wieder hinauf.
Fast jede holländische Stadt hat ihre eigene Universität, sodaß man sich, da hier alles kuschelt, den Vorlesungsplan zusammentelefonieren kann. Von hier zur Universität Amsterdam dauert es exakt 5 Minuten länger als von der HU zur FU, von Tür zu Tür!
So gesehen gibt es in den Niederlanden zwei Arten von Studentenleben, das holländische und das internationale. Wer auf eigene Faust hierherkommen möchte, Weltbürger werden will, sollte sich an seiner Wahluni über internationale Kurse informieren! Die Erasmus-Programme besonders kleinerer Fakultäten vermitteln meist Dutch-culture live. In einer Wohnung mit Holländern wird dann schnell das Weltbild erweitert
Wer könnte sich in Berlin vorstellen, daß die Vorlesung

Das Gelände der Rotterdamer Uni

regelmäßig unterbrochen wird, um die Kaffeepause einzuhalten?
Alle Stunde ein" gezelliges gesprek" ist sozusagen "verplicht".
Bei meinem ersten Kinobesuch war ich, die ich mich für eine zivilisierte Mitteleuropäerin gehalten hatte, wahrhaft erschrocken, denn gerade, als Redford, Robert geschlagen in sich zusammensank: "Pauze. Drink Heineken. De echte."
Ich blicke über das Manhattan von Holland. Rotterdam ist working city, das andere Extrem. Hier wird das Geld verdient, heißt es, was man im übrigen Land gerne verteilt.
In der Hauptstadt zum Beispiel, "mmmmmh" Amsterdam, ich brauche nichts zu sagen, außer vielleicht, daß man im "Land ohne Fern-Verkehr" unabhängig vom Schlafplatz seine Lieblingsstadt danach aussuchen kann, welche Atmosphäre dem Studium man am dienlichsten glaubt.

Der Genever ist alle. Hier lernt sich zügiges Trinken.
Gute Nacht, Berlin.
Bald komme ich wieder. Laß mich noch eine Weile nachdenken.

Lotte

Demokratie mit zwei Gesichtern

In Holland dürfen die Studenten der Regierung nicht zu nahe kommen

DEN HAAG: Die Wahrhaftigkeit der niederländischen Demokratie bestritt letzte Woche die Rotterdamer Studentenzeitung "Quod novum". Anlaß dazu gab eine Demonstration gegen geplante Kürzungen der 'Studi-beurs', bzw. deren Niederschlagung durch die Regierung.
Daß auch der Sozialstaat mit dem festesten gesellschaftlichen Netz in Europa dieser Tage sparen muß, ist Binsenweisheit. Der Schuldenberg hat in den Niederlanden noch vor der BRD die Deiche gesprengt. Pikanterweise nun wurden die Kürzungen zuerst bei den Sozialabgaben vorgenommen, so soll das Studentengeld verringert, das Taschengeld für Jugendliche gestrichen werden. Die Sparmaßnahmen wurden verkündet - auch das kann als Zukunftsvision nehmen, wer will - von einer Koalitionsregierung, in der neben den Konservativen die "Partei der Arbeit" sitzt, anscheinend auf dem Kinderstuhl.
Landesweit versammelten sich die Studenten, um geschlossen vor die Regierung in Den Haag zu ziehen. Symbol der Demo wurde die ebenfalls gestrichene Overjoars Kart, die freie Fahrt durch die Niederlande gewährt hatte.
Vor dem Sitz des Präsidenten Ruid Lübbers erst machten sie halt - und hatten damit die Bannmeile durchbrochen. Die Hager Polizei vertrieb sie mit Pferd und Knüppel, zahlreiche Studenten wurden verletzt, ein Organisator kam in U-Haft. Die Niederschlagung der friedlichen Demonstration sorgte für, wenn auch geringes, Aufsehen. Der Bürgermeister der Regierungsstadt zeigte sich schließlich zur Diskussion mit den Demonstrationsführern bereit, konnte aber dem Gespräch "keine neuen Gesichtspunkte" entnehmen. Polizeischutzrechtlich hatte er das Seine getan. Die Kürzungen sind durch die Demo fast vergessen.
Den Haag 1993 - Berlin anno 2000? Wenn die Bonner Köpfe "Unter den Linden" Wohnung nehmen, zieht sich die Bannmeile genau durch die Aula der Humboldt-Universität. Im sogenannten "befriedeten Bannkreis" (- der Brauch entstammt der mittelalterlichen Stadtbefestigung -) sind dann öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel oder Aufzüge verboten - fragt sich, als was man studentische Proteste lieber bezeichnet. Denn es bleibt doch zu hoffen, daß vielleicht das Verbot, seine Meinung zu demonstrieren, bei HUB-Studenten den Widerspruchsgeist und die Lust dazu weckt.

P.S.: Die Protestaktionen gehen weiter, wie alles in Holland gut durchorganisiert. Das "Nationale Aktionskomitee" hat für die letzte Maiwoche eine Rotterdamer Aktionswoche angekündigt. Im Zentrum wurde ein tagelanger Dauermarsch über Zebrastreifen durchgeführt. Montagabend kampierten 25 Studenten vor dem Büro des Ministerpräsidenten Lubbers. Mahnwache bei Ruud Lubbers? Seine Frau brachte guten Rotwein, diskutieren wollte sie nicht. Dafür gab es am Donnerstag vor Pfingsten ein Gespräch über Bildungspolitik in Den Haag. Vertreter aller Parteien luden Jugendliche ein zum "Tag des Inhalts". - Rotterdam, 31.05.1993

Lotte

Njuhs

Erklärung des StuPa

Die unterzeichnenden Mitglieder des ersten StudentInnenparlamentes (StuPa) der Humboldt-Uni Berlin erklären:
1.zur Bereitstellung von Finanzmitteln der Studierendenschaft für StuPa-Personalstellen
Wir halten die Einrichtung einer haupt-amtlichen Stelle des StuPa und deshalb die Bereitstellung von Finanzmitteln *aller* Studierenden dieser Uni dazu für unangemessen. DiePerson, die solch eine Stelle besetzt, so zeigen Erfahrungen, häuft solch ein Monopol an Wissen und Informationen an, wie es von uns nicht gewollt sein kann.
2. zur Beitragspflicht (das heißt alle Studierenden der Uni seien verpflichtet, die vom StuPa festgelegten "Beiträge zur Studierendenschaft" zu zahlen)
Unserer Meinung nach ist das Thema "Beitragspflicht" nur ungenügend und von einem gesetzeshörigen Standpunkt aus diskutiert worden. Wir denken aber, daß diese Diskussion zum Selbstverständnis des StuPa unbedingt geführt werden muß!
Wir meinen, daß die Arbeit des StuPa (resp. AStA) langfristig allen Studierenden so vermittelt werden muß, daß sie die Notwendigkeit eines Beitrages einsehen.
3. zur Beitragshöhe von 10,-DM
Wir halten die tatsächlichen Kosten der künftigen Arbeit für nicht abschätzbar und deshalb die beschlossene Beitragshöhe für unrealistisch.Das Argument, andere ostdeutsche Unis würden einen ähnlich hohen Beitrag fordern ist unserer Meinung nach unzulässig - zum einen hat die HUB viel mehr Studierende mit einem relativ dazu geringeren Arbeitsaufwand, und zum anderen gibt es kleinere Unis, wie die TU Chemnitz-Zwickau, die weniger als 10,-DM (TUCZ: 3,-DM) einziehen.
Es sollte uns stattdessen ersteinmal darauf ankommen, arbeitsfähige Strukturen und neue Ideen zu etablieren, um mit geringerem finanziellen Aufwand trotzdem eine effektive Interessenvertretung zu ermöglichen. Wir glauben, daß umso mehr Geld ausgegeben wird, je mehr vorhanden ist.
Interessenvertretung ist keine Finanzverteilung!
Nadja Richter (StuVe - Pharmazie), **Michael Weber** (HDS - Informatik), **Anja Mittermaier** (StuVe - Slawistik), **Sebastian Köhler** (HDS - Philosophie), **Jana Frielinghaus** (HDS - Agrarwissenschaft), **Andreas Frielinghaus** (HDS - Physik), **Rainer Wahls** (HDS - Geschichte/Kunstgesch.), **Sven Walter** (HDS - Jura)

In den Mühlen der Macht

Geschichte(n) in Bildern (I)

"Auuun!" Das Mißfallen des leidenden Redakteurs läßt sich nur lautmalerisch wiedergeben. "Zwei Seiten über einen Comic? Und dann auch noch eine Serie? Meinst Du, das liest jemand?"
Ich vertraue da ganz auf die optischen Reize! In den nächsten Ausgaben möchte ich mit der Vorstellung von drei, in ihren Stilmitteln sehr unterschiedlichen, aber auf jeweils eigene Weise für jüngste Entwicklungen des Mediums typischen Comic-Neuerscheinungen den Beweis führen, daß sich eine Auseinandersetzung mit dieser für manchen Leser vielleicht ungewohnten Erzähl-Form lohnt.
Ausgewählt habe ich Geschichten über Themen, die den Rahmen des herkömmlichen Comic sprengen, Geschichten von Unterdrückung, Faschismus und Diktatur.

Bereits vor zehn Jahren entstanden und 1985 erstmals in deutscher Übersetzung erschienen ist "Treibjagd" (frz. Partie de Chasse), geschrieben von Pierre Christin und gezeichnet von dem aus Belgrad stammenden, aber schon als Kind nach Frankreich gekommenen Enki Bilal.
Die bereits 1975 begonnene Zusammenarbeit des Autorenduos brachte eine Reihe außergewöhnlicher Comicbücher hervor, die "Legenden von heute", in denen sie gesellschaftskritische Themen mit Mystik und Phantastik verbanden. Seit dem "Schlaf der Vernunft", spätestens aber mit "Treibjagd", dem letzten Band dieses inhaltlich nicht verknüpften Zyklus'* verschob sich die Gewichtung dieser Bestandteile: Waren die vorangegangenen Erzählungen soziale Parabeln mit den Mitteln von Fantasy und Science Fiction, ging es nun um die Darstellung politischer Realität; Die phantastischen Elemente traten in den Hintergrund und dienten als Metaphern, etwa für Alpträume oder kollektive Prozesse.
Thema des Buches ist die Geschichte des real existierenden Sozialismus seit der Oktoberrevolution, die seiner Verbrechen und der Schuld seiner führenden Protagonisten und schließlich der letzte Versuch, die Sackgasse zu verlassen, in die das mit ihm verbundene Projekt geraten ist.
Seine zentrale Figur ist der greise Funktionär Tschewtschenko, Kommunist der ersten Stunde und unbeschadet aller Kurswechsel der KPdSU noch mit knapp neunzig Jahren eine graue Eminenz im Kreml. Seine Gesundheit scheint eisern, nur seine Züge sind durch eine Gesichtslähmung starr geworden, seine Stimme verstummt.
Zu Beginn der Erzählung befindet er sich in einem Zug auf der Reise zu einem luxuriösen Landhaus im verschneiten Südosten Polens, wo er gemeinsam mit alten Kampfgefährten aus allen Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts zu einem Jagdwochenende zusammenkommt.
Mit jedem von ihnen verbindet ihn eine andere persönliche Episode, die - vom Szenaristen Christin kunstvoll konstruiert - zugleich jeweils einen Wendepunkt in der Geschichte der Verteidigung und Durchsetzung der kommunistischen Herrschaft markiert. Sie alle werden im Rückblick erzählt, teilweise von den Protagonisten, teilweise von dem Ukrainer Golozow, dem persönlichen Sekretär und engsten Vertrauten Tschewtschenkos, der das Treffen als Dolmetscher begleitet.
Ein weiterer Dolmetscher, ein junger französischer Kommunist, naiv in seinem Glauben an die marxistischen Ideale und die verlorene Unschuld der Revolutionäre, erfüllt in der Geschichte verschiedene Funktionen. Mit seinen Augen sieht der Leser (und das war 1983 natürlich einer aus dem Westen!) die menschlichen Tragödien und die Unbarmherzigkeit der kommunistischen Führer. Eine Parallelmontage auf den ersten Seiten stellt den Franzosen im Rückblick dem etwa gleich alten Tschewtschenko bei seiner ersten Begegnung mit Lenin gegenüber; Die frappante Ähnlichkeit der Gesichter und ihres Ausdrucks macht deutlich, daß auch der verhärtete Machtmensch einst ähnlich gedacht und gefühlt haben mag.

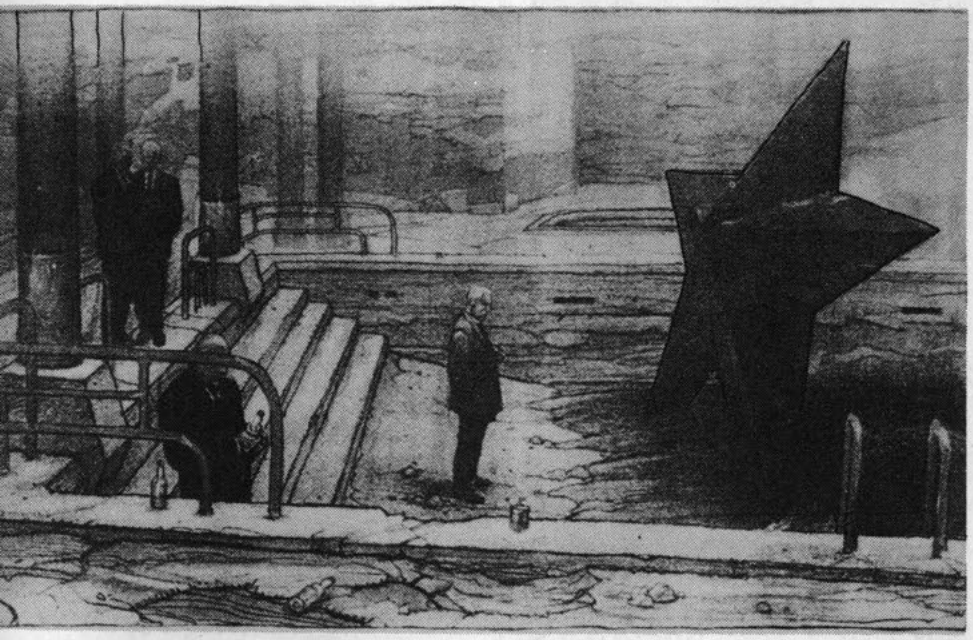
...ICH TRÄUME VON EINEM GRÄSSLICHEN, ZWITTERHAFTEN MONSTER VON EINEM FÜR IMMER ERKALTETEN STERN ...UND DIESES MONSTER, GLAUB ICH, BIN ICH, BASIL STROJANOW, ES SEI DENN, ES IST DIE PARTEI, UND ICH BIN NUR IHR DUNKLER SCHLUND ODER IHRE FURCHTBARE KRALLE...

Beide Abbildungen aus dem genannten Comic

© Carlsen/Humanoids

Seine eigentliche Rolle spielt die Identifikationsfigur unfreiwillig: in einer Intrige der ergrauten Führer, die der eigentliche Anlaß für die blutige Jagd ist. Im Nebel gibt der Dolmetscher von den anderen Jägern gedrängt und im Glauben, einen Bären vor sich zu haben, einen Schuß ab und das Politbüro-Mitglied Schawanidse wird tödlich getroffen.
Dieser war ein Aufsteiger in der Partei und designierter Nachfolger Tschewtschenkos. Für die melancholische bis zynische Sicht, mit der die gealterten Funktionäre auf das im Namen der Partei begangene Unrecht zurückblicken, hatte er nur Verachtung übrig. Sein Machtbewußtsein war un-gebrochen, sein starrer Dogmatismus konnte sich Opposition nur durch "antisozialistische Elemente" erklären. Im Kontext

der Entstehung der "Treibjagd" mußte klar sein: Ein Schawanidse hätte auch den wachsenden Einfluß der "Solidarnosc" in Polen so bekämpft wie sein Vorgänger Tschewtschenko den "Prager Frühling".
Doch, daß ausgerechnet der ihn deswegen von der Macht fernhalten, "den Deckel lüften" und "die Volksdemokratien ihren Weg selber bestimmen" lassen will, wie es sein Sekretär Golozow dem jungen Franzosen erklärt, dürfte damalige Leser überrascht haben.
Das ist für mich der interessanteste Aspekt der "Treibjagd" beim Wiederlesen nach Gorbatschow, dem Ende des "Warschauer Pakts", Deutscher Einheit und Zerbrechen der Sowjetunion: Pierre Christin wagte die Prognose einer entschlossenen, systemimmanenten Reformbewegung ausgehend vom Zentrum der kommunistischen Herrschaft. Der von schrecklichen Erinnerungen geplagte Funktionär, ein Mann, "der an die Umkehr der Geschichte glaubt" (Golozow), auch an die der Geschichte seit der Oktoberrevolution, entsprach nicht den im Westen gepflegten Feindbildern.
Sicher, im Rückblick liegt das Urteil nahe, schon die Führung Andropows zeigte die Ansätze, die der politische Kenner nur zu antizipieren brauchte. Doch mir ist kein Beispiel, etwa aus dem Bereich des Films oder der populären Literatur bekannt, das vor zehn Jahren eine solche Geschichte erzählt hätte. (Nur nebenbei sei daran erinnert, wie lange die "großen" Medien oder gar die Politiker hierzulande brauchten, um an ein Umdenken in Moskau zu glauben.)
Aber vielleicht ist diese Deutung zu einseitig; Joachim Kaps, Chefredakteur des zweimonatlich erscheinenden Comic-"Fachmagazins" "Comic-Info" setzt in seinem Rückblick auf Bilals Werk der letzten zehn Jahre (C-I 1/93, S.16 ff.) einen anderen Akzent. Ihn interessiert "die emotionale Rückseite des rein Faktischen".
"Eines der Opfer des von Tschewtschenko eingeschlagenen Wegs war seine ehemalige Geliebte Vera Nikolaevna Tretjakova, die im Zuge der Säuberungsaktionen von 1937 ob ihrer nicht konformen Ideen zur Psychoanalyse ermordet wurde. Mit ihrem Tod begann die völlige Selbstaufgabe des Funktionärs (...) Nachdem Tschewtschenko - die Sinnlosigkeit und Vergänglichkeit seiner letzten Gegenwehr erkennend - sich in seinem Zugabteil selbst getötet hat, schließt ein mythisches Bild seines in den Armen der toten Geliebten liegenden, blutverschmierten Leichnams den Comic ab. Keine politische, sondern eine höchst intime Moral von der Geschichte also."



Wie wir alle wissen, ging die seitdem weiter, und zwar mit Siebenmeilenstiefeln. Christin und Bilal stellten sich der Herausforderung und erweiterten die "Treibjagd" 1990 um einen "Nachruf" auf den vergangenen "real existierenden Sozialismus", der nun seit einigen Monaten auch auf deutsch vorliegt. (Die von Christin und dem Carlsen-Lektor Andreas C. Knigge herausgegebene Anthologie "Durchbruch", die Arbeiten von Comic-Autoren aus Ost und West zu diesem Thema versammelte, erschien bereits früher und sei trotz recht unterschiedlicher Qualität der Beiträge allen Interessierten empfohlen.)
In ihrer Nachbetrachtung spielt Günther Schütz, der aus der DDR stammende Teilnehmer an dem folgenreichen Jagdausflug die Hauptrolle. Als einziger war er damals nicht in das Komplott gegen Schawanidse eingeweiht und nur die Autorität Tschewtschenkos hinderte ihn an einer Denunziation der Verschwörer. Der Epilog, nicht Comic, sondern illustrierter Abgesang in Versform ist ihm in den Mund gelegt. Es sind die Worte eines Verwirrten, der um Bilder und Worte ringt, zu beschreiben, was er verloren hat. Er findet sie - eine weitere feine Ironie Christins oder eine Schwäche seiner Komposition? - ausgerechnet in der Sprache "vom Pessimismus zerfressener bourgeoiser Schriftsteller", die ihm früher so zuwider waren.

"Gleicht nicht der real existierende Sozialismus
selbst einem irrealen Meer?
Es kommt mir manchmal so vor...
Alles, was von ihm geblieben ist, sind rostende Wracks,
die Erinnerung an Wellen, an absurde Statuen
und an bedeutungslose rote Sterne, die verloren auf
unfruchtbarer, vergifteter Erde herumliegen."

Anders als seine Kampfgefährten, die sich damit abzufinden versuchen, daß die Geschichte über sie hinweg gegangen ist oder um ein wenig Einfluß in den parlamentarischen Demokratien ihrer Länder ringen, schlägt sein Rückblick in Verbitterung um. Schawanidses Ermordung und die "systematische Zerstörung unserer alten Ideale" werden von ihm grausam gerächt. Sicher nicht zufällig schändet er das Grab des verstorbenen Gastgebers der "Treibjagd", der polnischer Jude war, und sprengt das Landhaus, in dem die alten Genossen ein letztes Mal zusammengekommen sind, mit versteinertem Blick in die Luft.
"Niemand wird kommen, eure Namen zu lesen, die dem Vergessen anheimgefallen sind. Auch ihr werdet Fossilien sein.
Ich aber glaube immer noch, daß es möglich ist, Flüsse zu ihren fruchtbaren Quellen zurückfließen zu lassen und zu verhindern, daß die Geschichte auf Abwege gerät."

Geck

---

* "Die Kreuzfahrt der Vergessenen", "Das steinerne Schiff", "Die Stadt, die es nicht gab", "Der Schlaf der Vernunft" und "Treibjagd", deutsch alle beim Carlsen Verlag, Reinbek bzw. Hamburg (19,80 bis 24,80 DM)

❑

So oder so! - Oder wie?

Exclusiv nur in UnAuf: ein Projekt

"So oder So, wir schaffen's" ist die Devise der Leute vom "SO ODER SO" e.V. in der Oderberger Str. Die Geschichte und das Projekt des Vereins ist eine Odyssee inmitten der Häusermeere Berlins.
Angefangen hat alles mit dem Clinch Basisdruck gegen "Entweder Oderberger" e.V. und mit der darauffolgenden Schließung des Cafès. Man stand auf einmal buchstäblich im Regen. Einerseits wollte man einen Treffpunkt für die Menschen im Kiez haben und andererseits standen dafnr keine Räume mehr zur Verfügung. Die Suche nach freien Räumen begann und endete schließlich in der Oderbergerstr. 49/50, wo mehrere leer-stehende Räume vorhanden waren. Der "Entweder Oderberger" e.V. versuchte diese anzu-mieten. Ideen entstanden, von einer Fahrrad-werkstatt, von einem Töpferladen, von einer Kiezkantine, ... Letztlich hat man sich dann für das Projekt der Kiez-kantine entschieden.
Der lange, steinige Weg durch die Behörden, wie die WIP, die Senatssanierungsverwaltungsstelle (schönes Wort), und, und, und, begann. Das bedeutete: Beantragen, in langen Schlangen warten, öffentliche Sprechzeiten einhalten, endlose Telefonate führen, die nichts bringen, kurzum; Behördenstreß wie wir ihn kennen. Daß das nicht sehr angenehm ist, muß wohl auch der Vorstand des "Entweder Oderberger" gespürt haben, denn der-verabschiedete sich kurzer Hand von dem Projekt und widmete sich von da an nur noch dem Hirschhof.
Das war die Geburtsstunde des "SO ODER SO" im Juni '92. Jetzt gab es also einen Verein für die Kiezkantine. Was fehlte war nur noch der Träger dafür. Zuerst sollte das BSG (Bundessozialgesetz) herhalten, was leider nicht ging, da in der Kiezkantine sonst nur Jugendliche von 10 bis 22 Jahren hätten essen können. Der zweite Versuch beim SPI(Sozialpädagogisches Institut) klappte. Das SPI erklärte sich bereit, einige der laufenden Kosten, wie z.B. Miete und Einrichtung zu übernehmen. 12 ABM-Stellen wurden beantragt und sogar genehmigt. Alles schien seinen "sozialistischen Gang" zu gehen, bis eines Tages ein Makler namens Euler auftauchte und erklärte, daß er jetzt das Haus Nr. 50 vom alten Besitzer gekauft habe und es zum Verkauf für lockere 1,2 Mio stehe. Flugs setzte sich der SO ODER SO-Vorstand in Bewegung, auf der Suche nach einer Genossenschaft, die das Haus kauft, denn man mußte es kriegen, so oder so. Doch der Preis Eule(r)s war hoch und 1,2 Mio kann sich nicht jede Genossenschaft leisten. Das große Feilschen ging los, ein einziges Hin und Her. Erst durch das Einschalten Dritter konnte Euler heruntergehandelt werden. Die Genossenschaft in der Rykestr. kaufte das Haus und legte damit den Grundstein für einen langjährigen sicheren Mietvertrag für die Kiezkantine.
Doch kaum war diese Hürde überwunden, war da schon die nächste. Die eigentlich schon abgeschlossenen Mietverträge für die Räume in der 49 wurden vom Eigentümer mit dem Hinweis gekündigt, daß ein Mietvertrag gegen alle guten Sitten widerspräche, welche auch immer. Ein Fall für den Rechtsanwalt, der sich momentan immer noch damit beschäftigt.
Ungeachtet der Querelen macht der "SO ODER SO" weiter, denn es gilt einen Wettlauf mit der Zeit zu gewinnen. Die ABM-Stellen sind ab 1. August genehmigt worden und wenn bis zu diesem Termin nicht alles fertig ist, fallen alle 12 Stellen ersatzlos weg. Gegenwärtig sind die Kiezkantinenbastler noch beim Projektieren und Planen. Dielen und Balken müssen erneuert werden, Sanitäranlagen fehlen noch und eine Kücheneinrichtung gibt es auch noch nicht. Das bedeutet für die Mitglieder des "SO ODER SO" einen Haufen Arbeit und viele Wochenenden. So oder So - Kiezkantine her!
Na?-
"Blut" geleckt? Mach' doch einfach mit!

Kietzkantine wäre einfacher! **Foto:** Archiv

KONTAKTADRESSE
Peter Weber
Oderberger Str.14

KIEZKANTINE Projekt
- **Start am 1. August**
- **Vollwertkost wider den Fast-Food-Trott; Gesundes Essen (z.T. vegetarisch)**
- **geöffnet von 8 Uhr bis 20 Uhr, MO - FR**
- **Frühstück, Mittag, Abendbrot**
- **Preislage: so um 3-4 DM, z.T. mit Ermäßigung**

... der Vollständigkeit halber muß noch gesagt werden,daß es innerhalb des "SO ODER SO" eine Elterninitiative KITA gibt, die über ABM und Zivistellen die Kita "Quasselstrippe" betreiben werden.

SUSe

Uni-Radio mit Zukunft

Logbuch von "Radio 100.000" am 31.12.1999

"Radio 100.000" an der TU sendet seit vier Jahren für die Berliner Unis. Weil die Förderung als Studienreformprojekt 1994 ausläuft, wird jetzt ein Verein gegründet.Dessen Zukunft sieht vielversprechend aus: jedenfalls im Rückblick aus dem Jahre 1999.

Na also, wir haben es geschafft! "Radio 100.000" sendet europaweit auf der Frequenz 107,8 MHz. Pünktlich zur Jahrtausendwende gibt es wieder ein Radio, das politisch engagiert ist und sich kulturell voll auf der Höhe der Zeit befindet.

Erinnern wir uns eigentlich noch, wie es damals war, als alles anfing? Es war die große Zeit des BWL-Booms und der Yuppie-Studenten, und dann gab es plötzlich einen Uni-Streik: Waren die Studis der 80er also gar nicht so phlegmatisch?

Angefangen hat also alles im großen Uni-Streik 1988/89, als eine Gruppe von StudentInnen der TU sich zusammenfand, um ein Radio zu gründen, das den Streik aus der Sicht von unten an die Öffentlichkeit bringen sollte. Eine Sendemöglichkeit fand sich bei *"Radio 100"*, wo täglich eine 15-minütige Streiksendung lief. "Radio 100.000 - die freie Stimme der 100.000 StudentInnen" war geboren.

"KEINE NAIVEN HÖRGENÜSSE!"

Der Streik war noch in einer anderen Hinsicht erfolgreich: Die TU gründete eine "Kommission für Lehre und Studium" (LSK), die studentischen Projekten die Möglichkeit geben sollte, sich von der Uni institutionalisieren zu lassen. Diese sogenannten Studienreformprojekte sollten von der LSK bis zu einer vollständigen Einbindung in die Lehre anfinanziert werden. Auch "Radio 100.000" hatte das Glück, als Studienreformprojekt zwei Tutorenstellen aus diesem Topf zu bekommen. Angegliedert wurde das ganze an das Institut für Kommunikationswissenschaften.

Als die ersten Gelder flossen, wurde in der ASTA-Villa der TU ein kleines Studio eingerichtet, in dem Berichte, Reportagen und Features produziert wurden zu Themen, die für Studis interessant und wichtig waren. Ein Leitsatz aus dieser Zeit:"Schluß mit den naiven Hörgenüssen!!"

Es gab auch diverse Musiksendungen und Hörspiele, was insofern interessant ist, als das Fernsehen bis zum Ende der 90er Jahre das wichtigste Unterhaltungsmedium war und die Hörspielkultur vom Aussterben bedroht war.

Im Februar 1991 gab es in der Berliner Radiolandschaft eine starke Zäsur:"*Radio 100"* mußte seine Sendetätigkeit einstellen und somit verlor auch "Radio 100.000"seine terrestrische Sendemöglichkeit. Die Lage der Radiokultur schien zu Beginn der 90er Jahre aussichtslos zu sein: Neue Privatsender entstanden, die alle nur zur Berieselung taugten und heutzutage niemals eine Sendelizenz bekommen würden. In den Räumen von *"Radio 100"* sendete nun die Dudelwelle *"Energy 103.4"*, die zum Glück längst Pleite gegangen ist."Radio 100.000" mußte also in den sauren Apfel beißen und sendete unter dem Namen "Heidis Kabel" (angelehnt an die Schauspielerin Heidi Kabel, die 1995 bei einem Bombenattentat ums Leben kam) auf dem Offenen Kanal im Berliner Kabelnetz.

Im Sommersemester 1992 fand das erste Mal ein von "Radio 100.000" vorbereitetes TU-Seminar mit dem Titel "Elektronische Berichterstattung" statt, das seitdem fester Bestandteil des Lehrangebots des Studiengangs Kommunikationswissenschaft ist. In Kleingruppen organisierten StudentInnen Radio-Features zu diversen Themen. Um den starren Lehrformen der Uni zu entgehen, wurde das Seminarprogramm durch Exkursionen zu Berliner Radiosendern bereichert (wie z.B. schon erwähntes *"Energy 103.4"* oder der Nachrichtensender *"Info 101" -selig!Säzza*). Diverse Gastvorträge von Fachleuten ergänzten das selbstbestimmte Lernen in den Projektgruppen. Doch auch unabhängig von diesem Seminar und ohne irgendwelche Scheinvergabe produzierte man/frau weiter und sendete alle zwei Wochen auf dem Offenen Kanal: Berichte über Antifa-Aktionen an der TU, Features über die Berliner U-Bahn, Spezialsendungen über mexikanische Rockmusik und vieles mehr. Ab 1993 wurden sogar Kassettensendungen produziert und in den Uni-Cafés der Berliner Hochschulen verbreitet.

OKTOBER 1993: DER DURCHBRUCH!

Der bewährte Name "Radio 100.000" wurde wieder anstelle "Heidis Kabel" verwen-

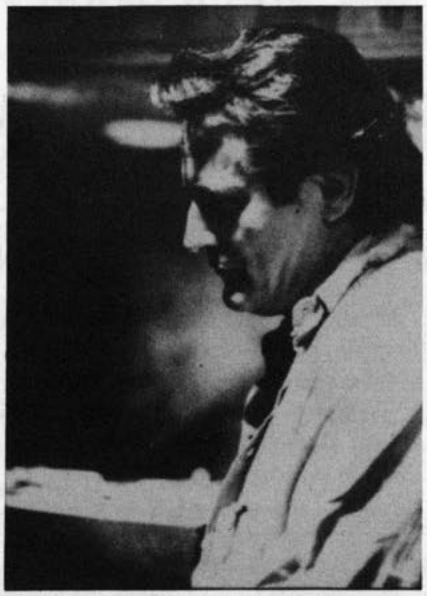
det. Die Sendungen wurden wieder politischer und die Lobby für das Radio wuchs. Da die Unterstützung durch die LSK nur bis 1994 laufen sollte- ein Schicksal aller Studienreformprojekte- wurde ein Verein gegründet.
Im Oktober 1993 kam dann der sensationelle Durchbruch von "Radio 100.000". Und das haben wir den hochschulpolitischen Entwicklungen zu verdanken, mit denen kein Politiker rechnete: Die versuchte Einführung der Studiengebühr von 2.000 Mark verursachte eine Kontroverse in den Gremien der Uni. Es gab einen neuen Streik, mit dem sich alle politisch fortschrittlichen Kräfte im Land solidarisierten und der zu einer vollständigen Demokratisierung der Unis führte! Diesem Umstand verdankt "Radio 100.000" 30 bezahlte Vollzeit-Stellen, drei neue Studios und eine eigene Kabelfrequenz!
Im Mai 1997 kam es in der Berliner Radiolandschaft zu einem weiteren Einschnitt. Immer seichtere Musik, immer agressivere Werbung und nicht zuletzt immer stumpfsinnigere Moderationen (1996 wurden im Privatfunk alle Moderatoren durch Androiden mit einem Wortschatz von zehn Schlagwörtern ersetzt) führten zu einem Hörerboykott.
"Energy", *"RTL103.4*, *"Hundert,6"* und *"r.s.2"* meldeten Konkurs an. Nach der Abschaffung der Sesamstraße und des Sandmännchens öffnete *"Fritz"* seine Zielgruppe nach unten und sendet seitdem für Hörer ab drei Jahren.
Um die Grundversorgung der Öffentlich-Rechtlichen zu ergänzen, vergab der Medienrat eine terrestische Frequenz an "Radio 100.000". Zusätzlich wird noch über Satellit europaweit gesendet...
Doch machen wir nochmals einen Sprung zurück ins Jahr 1993. Für alle, die auch etwas zu senden haben: Die Redaktion von "Radio 100.000" traf sich jeden Mittwoch um 18.00 Uhr im Medienbüro. Es sendetet zweiwöchentlich im Offenen Kanal (Kabel: 92,75 MHz), montags ca. 20 Uhr.

Manfred Lehmann
("Radio 100.000")

Medienbüro der ASTA-Villa:
3.Stock im Gebäude BELL
Marchstr.6
1000 Berlin 10
Tel. 314-21346

(Der Artikel ist in der Projektzeitung "SAFER SCIENCE" (4/93)der TU Berlin erschienen.)

Konstantin Wecker tot?



1990 hörte ich Konstantin Wecker in einem Konzert in der Werner-Seelenbinder-Halle. Eines seiner letzten Lieder an jenem Abend war *"Ich sing weil ich ein Lied hab, nicht weil es euch gefällt/ Ich sing weil ich ein Lied hab, nicht weil ihr es bei mir bestellt"* und ich glaubte es ihm. Gestern sah ich ihn wieder in einem Zirkuszelt, er sang wieder dieses Lied und ich konnte ihm nicht mehr glauben.
Brave Bürger mit linkem Selbstverständnis trafen sich im Tempodrom, um den Sänger mit dem eigensinnigen, widerspenstigen Ruf zu sehen, mit dem man sich heute so gut schmücken kann. Denn er ist bequem geworden, selbst wenn er die alten Lieder singt. Die Musik ist ein wenig zu laut, wenn der Text sie dennoch übertönt, wirkt er oft nur noch wie Formeln und Schlagworte und man weiß genau, wann man jubeln muß. Nicht mehr seine Lieder versetzen Wecker in mitreißende Ekstase, sondern das grölende Publikum. Das gedankenbetäubende Klatschen und Kreischen an den unpassendsten Stellen läßt einen erschaudern, doch der Mann am Klavier singt nicht mehr dagegen an, sondern läßt sich davon hochschaukeln.
Früher sagte Wecker, er singt nur Lieder die ihm noch Spaß machen, die Leute können ihn mal, wenn ein altes Lied seiner Stimmung nicht mehr entspricht, gibt es keine nostalgische Zugabe. Doch im Tempodrom schien er zu singen, was erwartet wurde und die Routine wurde durch Lautstärke kompensiert.
Vielleicht möchte man in einem gewissen Alter glauben, endlich nicht mehr allein zu sein mit seiner ganzen Wut und Hoffnung, doch dieses Gefühl muß man sich teuer erkaufen. Manches Liebeslied wird kitschig und träumerisch-didaktisch wird vom Kokainrausch abgeraten, die Melodien laden zum rhythmischen Mitwippen ein - das schafft Gemeinschaft. Und die schönen neuen Lieder, melancholisch-trotzige Sommerträume und Fieberphantasien haben es schwer zu bestehen.

Im Schluß des Liedes über den Sänger heißt es: *"Und so trug man den Sänger zu Grabe und ein neuer stieg lächelnd ins Land/ Der verkaufte sehr gut, denn er hatte sich besser in der Hand."* Leider hatte das Publikum Konstantin Wecker gut im Griff.

JK

Anzeige

UNIDATA-WORKSHOP
am U-Bhf.Rosenthaler Platz
Wilhelm-Pieck-Str. 138 + 144

COPY-DISCOUNT
mit Montage & Binderaum
niedrige Mengenstaffel...
7 Pfg./A4
12 Pfg./A3
bereits ab 300 Kopien!

A2-A1-A0
Qualität zu Tiefpreisen
Laser-Farbkopien
Preisstaffel
einzeln: 2,--/A4; 3,--/A3
bis 1,--/A4; 1,50/A3

Ermäßigung um eine Staffelgruppe bei Vorlage des Studienausweises!

Großer Papiermarkt
alle Formate & Farben

SCHREIBBÜRO & KLEINOFFSET-DRUCK
Bewerbungen, Dissertationen für jeden Geldbeutel!
Desktop-Publishing / Windows / Designer / Corel
Satz und Gestaltung, Druck-.und Kopiervorlagen,
Sofort-Binden - Laminieren -
MASCHINENBENUTZUNG für SELBSTSCHREIBER
und COMPUTER-OPERATOR
Tel.: 282 50 67 & 281 73 35; FAX: 282 44 42

Konstantin Wecker lebt!

Wer ist Konstantin Wecker, der aus München kommt? Es bleibt schwer ihn in eine Schublade der Musikrichtungen einzuordnen: Liedermacher?, Jazzer?, Rocker? oder gar entlaufener Opernstar? Und wenn dann vielleicht noch die Frage nach der Gesinnung auftaucht, wird alles noch viel schwieriger: Visionär mit dem Zeug zum politischen Idol?, Anarchist?, Grüner (doch was ist das heute eigentlich)? oder gar linker Propagandist?

Mir scheint das alles ein großer "Schmarrn" zu sein und bleibe aus guten Gründen bei der Charakteristik: WECKER ist eben WECKER. Er will doch nichts anderes sein, als ein Mensch, ein schwieriger, zugestandenermaßen, der seine Schwierigkeiten mit dieser Welt heraussingen muß.

Nun war er am 24. Mai im Tempodrom zu Gast. Und nach seinem Buch über seine durchlebte Sucht nach dem weißen Schnee, nach seiner Abhängigkeit von den "Nasen" voller Kokain, schien das Konzert als eine PR-Tour für das neue Markenzeichen "uferlos" (so der Titel des Buches) angelegt zu sein. Selbst das Konzerthemd von Wecker trug ja das "uferlose" Zeichen. Doch war das wirklich alles? War die Professionalität in der er die ersten zwei Stunden Konzert absolvierte , mit seinen deklamatorischen neuen Texten zu den deutschen Zuständen und mit den alten Liedern, die immer wieder neu klingen, nur marktbewußte Routine, der kühle Kalkulierer im Bewußtsein um SEIN Publikum?

Nun mag die Professionalität erschrecken, aber muß man sich wundern, wenn man um seine etwa 20 Jahre Konzerterfahrung weiß? Ich meine, er ist der Alte geblieben, auf neue Weise. Er hat den Abgrund der menschlichen Existenz, in seiner fast selbstzerstörerischen Suchterfahrung, wieder einmal durchschritten und hat sich wieder befreien können von dieser physisch gewordenen Depression. Und das Publikum hat ihm auf eigentümliche Weise geholfen, mit seiner Begeisterungsfähigkeit für seine Musik, die er darbot, wieder der zu sein der er war und wieder ist: der große Revoluzzer der menschlichen Seele und der Anarchist in bezug auf die einengenden Konventionen des realen Lebens, die Beschränktheit von Menschen und die allüberall hervorscheinende Provinzialität.

Es war ein großer Abend im Veranstaltungszelt im Tiergarten. Wecker stellte einen neuen italienischen Sängerfreund vor, der mit seiner krächzenden Giana Nanini-Stimme gut mitsang. Und ansonsten ließ Wecker sich tragen von den Ovationen des Publikums und anspornen von seiner ausgezeichnet jazzig-rockenden Band. Und er brach aus seiner wohlgesetzten Konzertregie aus, spielte nach seinem eigentlichen Schlußsong "Sag nein!" noch eine ganze Stunde weiter. Und selbst als er dann sein Rausschmeißerlied "Wieder Sperrstund' im Kaffee" mit stilechtem Weinglas und der Zigarette in der Hand, mit ironischem Blick und einigen sprachlichen Seitenhieben auf die "hohen Eintrittspreise", zelebrierte, war ihm der Blick auf die Uhr kein Ende wert. Wecker sang weiter bis er physisch nicht mehr konnte und die Band nicht mehr und sie einfach von der Bühne gingen. Doch die Hälfte des Publikums klatschte weiter - fünf Minuten wohl. Und vor den Technikern, die schon die Bühne beräumten, kam Wecker noch einmal und bedankte sich mit einem kleinen a capella-Lied, das nur noch heiser aus ihm hervorquoll, für diesen großartigen Abend.

Wer diese leuchtenden, begeisterungsfähigen und dankbaren Augen Weckers am Ende erblicken konnte, dem wurde der gefühlhafte, lebensbejahende, im Grunde einfache Mensch Konstantin Wecker gewahr.

Ulli

Njuhs

SOMMER' 93 -WANTED! CAMPLEITER GESUCHT

Die *Vereinigung Junger Freiwilliger e.v.* (VJF) ist ein international wirkender Jugendgemeinschafts- und Jugendsozialdienst. Am 03.03.1990 gegründet, besteht das Hauptanliegen seines Wirkens in der Organisatioin und Durchführung von Workcamps an gemeinnützigen Projekten in den Bereichen Soziale Initiativen, Ökologie, Antifaschismus und Antirassismus.

In einem Workcamp treffen sich ca. 10-15 junge Leute aus den verschiedensten Ländern der Welt,leben und arbeiten 2-3 Wochen gemeinsam und lernen so andere Länder mit ihren Sitten und Bräuchen kennen.

Die Campleiter sind an der Vorbereitung des Camos beteiligt (vorallem Einfluß-nahme auf die Programmgestaltung) und unterstützen die Gruppen im Camp beim Kennenlernen, der sprachlichen Verständigung (Campsprache ist immer Englisch), der Gestaltung des Studienteils und der Freizeit.

Die *VJF* organisiert in diesem Sommer 41 Camps. Für folgende Camps suchen wir noch Campleiter:

VJF 3.3. Berlin 08.08.-28.08.93 / 10 Teilnehmer (Ökologie)

VJF 1.1. Rüting 16.08.-03.09.93 / 10 Teilnehmer (Ökologie)

VJF 5.3. Leipzig 28.08.-12.09.93 / 14 Teilnehmer (Ökologie)

VJF 2.7. Werder/Petzow 03.07.-24.08.93 / 15 Teilnehmer (Soziales)

VJF 4.2. Güntersberge 11.07.-31.07.93/ 10 Teilnehmer (Soziales)

VJF 2.10. Gräbendorf 15.08.-05.09.93/ 12 Teilnehmer (Soziales)

VJF 1.2. Plöwen 04.09.-25.09.93/ 15 Teilnehmer (Soziales)

VJF 4.7. Halle 18.07.-04.08.93 / 10 Teilnehmer (Geschichte/Rekonstruktion)

VJF 6.2. Weimar 22.08.-04.09.93 / 15 Teilnehmer (Antifaschismus)

VJF 6.1. Weisbach 02.07.-23.07.93 / 7 Teilnehmer (Archäologie)

VJF 5.2. Gut Gamig 19.09.-09.10.93 / 15 Teilnehmer (Soziales)

Interessenten bitte einfach anrufen oder vorbeikommen in der VJF-Geschäftsstelle:

VJF
Unter den Linden 36-38 / Zi.: 336
O-1086 Berlin
Tel.: 20340386 oder -455

Neulich im BaföG-Amt:

"Wieher, wieher!"

Es war einmal ein Student, der war des Lerneifers voll. Und so studierte er nicht nur einmal, nein - er schrieb sich nach Erwerb eines Diplomes an der TU Magdeburg 1991 ein zweites Mal ein, diesmal bei Humboldts. Und da er sich seiner Pflichten gegenüber dem Steuerzahler wohl bewußt war, beantragte er *kein* BaföG.

Nun ist er seit Herbst 1992 kein Student mehr, sondern selbst Steuerzahler. Und da bei uns das Steuerwesen wohlgeordnet ist, fordert die zuständige Behörde von unserem Studenten einen Nachweis über den Nichterhalt des BaföG im Jahre 1992. Denn hätte er es erhalten, müßte er mehr Steuern blechen - ein Schelm, der dabei an späte Rache denkt!

Nichts einfacher als das, dachte unser naiver Student, ich hab's ja nie beantragt. Frohgemut fragte er in der Behrenstr. ob eines einfachen Nachweises an.

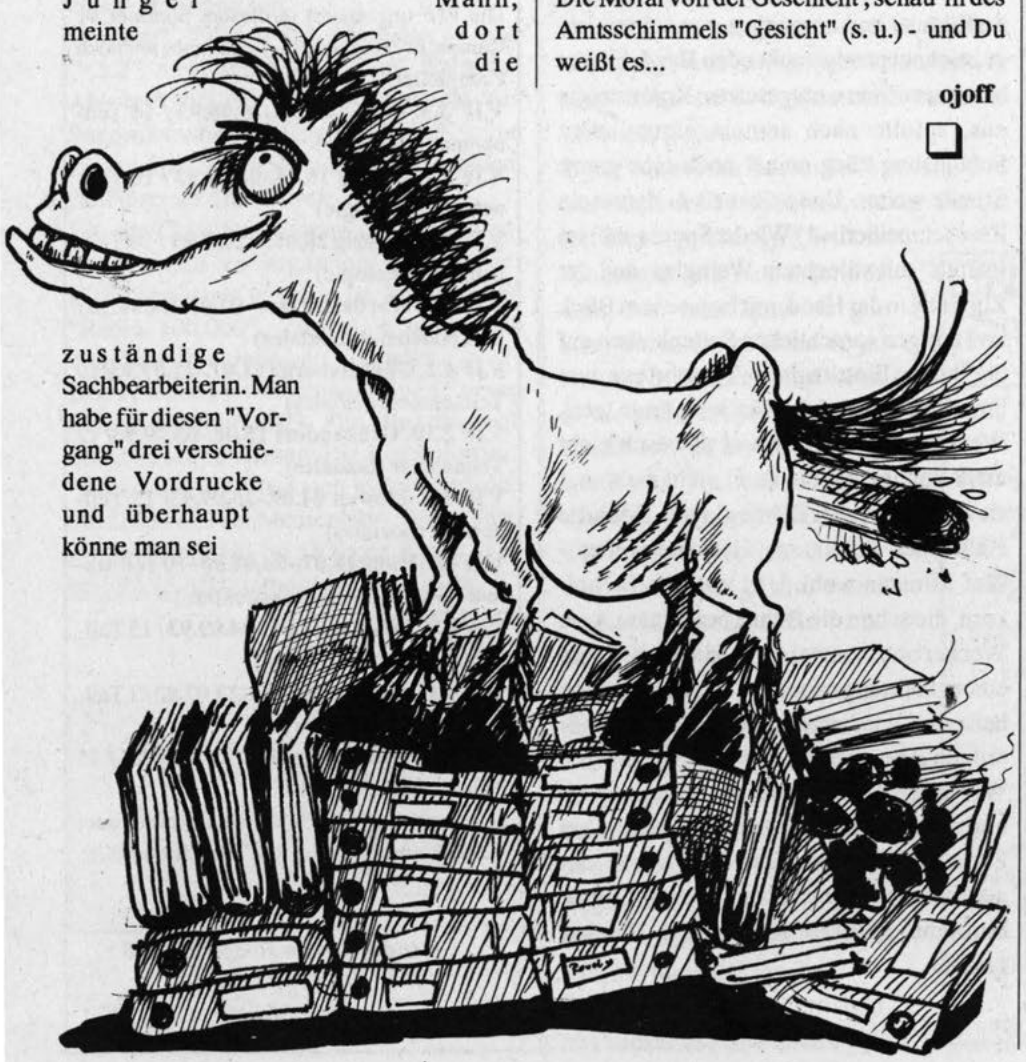
So einfach ist das nicht, Junger Mann, meinte dort die zuständige Sachbearbeiterin. Man habe für diesen "Vorgang" drei verschiedene Vordrucke und überhaupt könne man seiner Akte nicht habhaft werden - eben weil er's nie beantragt hatte.

Wir können das so nicht bescheinigen, meinte man im BaföG-Amt, wir brauchen eine Akte!

Und so eine Akte heißt nur dann so, wenn sie wohlgefüllt ist. Viel Papier galt es zu beschreiben. Es hieß für den nun nicht mehr ganz so naiven Studenten, jetzt, also 1993, einen rückwirkenden Antrag auf BaföG für 1991 zu stellen, natürlich mit allem, was dazu gehört: drei Formulare, Lebenslauf, Einkommensnachweis der Eltern usw. usf. Und das natürlich ohne Aussicht auf Erfolg, denn es galt nur zu erreichen, daß ihm die BaföG-Behörde einen Ablehnungsbescheid zustellen kann, da er als Zweitstudent kein Anspruch auf BaföG hat. Aufgrund dieses Ablehnungsbescheides wird ihm das Amt den Nachweis ausstellen, daß er kein BaföG erhalten hat. Das jedoch wird dauern...

Die Moral von der Geschicht', schau' in des Amtsschimmels "Gesicht" (s. u.) - und Du weißt es...

ojoff



Fortsetzung von "Neue Wege...?" Seite 5

errichten. Zwischenprüfungen sollen obligatorisch sein. Für Weiterbildung soll man kräftig zahlen, was die Philosophie vom Grundstudium und späterem Weiterbildungsstudium zum Ausleseverfahren stempelt. Und als Hohn für alle, die neben dem Studium jobben müssen, findet sich der Verweis, daß ob des Willens der Studierenden zu jobben, auch Teilzeitstudienmöglichkeiten eingerichtet werden müssen.

Die Studierenden sollen, nach dem Willen der Autoren des Strukturplanes, an seiner Umsetzung beteiligt sein. Studienberatung soll zu den obligatorischen Veranstaltungen im Studienalltag gehören. Damit wird den Studierenden ein Weg geboten, zukünftig die Regelstudienzeit einzuhalten. Tutorien haben sich nach der Einschätzung der Autoren bewährt. Sie sollen weiter gefördert werden. Was sich positiv anhört, ist genau genommen eine Sauerei. Statt Professoren, denn deren Zahl wird trotz vordergründiger Schelte an den Betreuungsrelationen verringert, sollen Studierende Studierenden Wissen vermitteln, billig !!! Zwar findet es immerhin Erwähnung, daß Professoren für die Betreuung der Studierenden verantwortlich sind, und dies zu ihren Dienstaufgaben gehört (!), doch sieht sich Erhardt in keiner Weise dazu veranlaßt, dies umzusetzen.

Und wer an diesem Punkt noch nicht genug hat, dem wird noch kurz das Vorgehen zur Umsetzung des Plans erläutert. Unabhängig von den Meinungen und Entscheidungen der Gremien der Hochschulen sollte nach Ansicht des Senators eine Regelung geschaffen werden, die unter fachlichen und sachgerechten Gesichtspunkten die erforderliche Umsetzung unabdingbarer (!) Strukturentscheidungen gewährleistet. Was nichts anders heißt, als daß die Hochschulen zukünftig zwar noch sagen können, was sie wollen, aber der Senator in ihrem Namen für ihr Wohl sorgen wird. Die Änderungen zum Hochschulgesetz hat er dann auch gleich mitgeliefert.

Ein Dank an das Haus Erhardt für dieses Papier. Mit vielen Einzelheiten könnte man sich hier noch auseinandersetzen, doch ist dies glatte Zeitverschwendung. Es geht um eine grundsätzliche Weichenstellung, die schon viel weiter vorangeschritten ist, als wir alle sehen. Es reicht jetzt nicht mehr Ach und Weh zu sagen. Der Akademische Senat der HUB hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem Papier befaßt. Die Diskussion war kontrovers, doch eine prinzipielle Ablehnung zeichnet sich nicht ab. Ist die HUB ja diesmal auch nicht betroffen.

Thomas Neier